

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nifringhaus, Berlin.
Sprechsprecher: Rini Döbner 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 5
Drahtanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung höherer als 4 Zeilen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Gebührenpost für beide Fälle in Berlin.

Berlin, den 16. April 1931

Inst. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die neueste Schmutzwelle.

SPD. Die Agitation der Rechtsparteien gegen die republikanischen Parteien hat widerwärtige Formen angenommen. Eine neue Schmutzwelle ergießt sich über die verantwortlichen Politiker der Republik, vor allem in Preussen.

Ueberblickt man einen grösseren Abschnitt der rechtsradikalen Propaganda, so kann man sich die Nase zuhalten. Die schlimmsten Zeiten der politischen Zwecklüge und der notorischen Verleumdung sind wiedergekehrt. Es sind immer wieder dieselben Stinktöpfe, die ihren Inhalt gegen die Republik entleeren. An der Spitze steht die Presse des Herrn Hugenberg, bei der politische Propaganda und Verleumdung schon längst nicht mehr auseinanderzuhalten ist. Zu ihr gesellen sich die Zeitungen der Rechtsparteien, und jetzt ist es glücklich schon so weit, dass auch Organe der Deutschen Volkspartei an der Unterstützung der Schmutzpropaganda teilnehmen! Die rechtsradikalen Parteiorganisationen tragen den Schmutz weiter ins Land. Eine Pestwolke verleumderischer Flugblätter und Handzettel ergießt sich allerorten.

Was bisher Monopol der Hakenkreuzler war, ist jetzt in den rechtsbürgerlichen Parteien allgemein üblich geworden. Alle Begriffe von politischem Anstand und Ehrenhaftigkeit sind zum alten Eisen geworfen. Es hat sich eine Einheitsfront aller unanständigen Menschen herausgebildet, die von den Hakenkreuzlern bis in die Deutsche Volkspartei hinein reicht.

Der Inhalt der Verleumdungen ist durchaus nicht neu. Ältester, durch Gerichtsurteile und anderweit längst widerlegter Schwindel wird neu aufgewärmt, das Märchen, dass die deutsche Sozialdemokratie mit Ententegeld die deutsche Revolution organisiert habe, der alte Schwindel vom Landesverrat und nicht zuletzt die verleumderische Behauptung, dass jeder sozialdemokratische Beamte ein Korruptionist sei. Die Leute von der Deutschen Volkspartei, die an solchem Schwindel heute ihre Freude bezeugen, lassen sich nicht im mindesten dadurch stören, dass ihre Bundesgenossen aus dem Hitlerlager gleichzeitig die alte Lüge wieder kolportieren, dass Stresemann mit ausländischem Geld bestochen worden sei, um in den Genfer Verhandlungen die deutschen Interessen zu verraten. Sie fühlen sich so wohl beim Wühlen im Schmutze, dass sie gar nicht bemerken, wie sehr sie ihre eigene Partei und sich selbst mit beflecken.

Inzwischen hat sich eine neue Form der Verleumdung herausgebildet, die umso niedriger ist, als sie sich hinter der Maske der Sorge um die öffentlichen Interessen verbirgt. Öffentliche Kritik ist notwendig. Sie ist ein Lebenselement der Demokratie. Wenn Gerüchte gegen öffentliche Einrichtungen oder Beamte im Umlauf sind, ist es notwendig, dass ihnen nachgegangen wird. Wenn aber dieselben Leute, die solche Gerüchte zu Hetzzwecken selbst wissentlich in die Welt setzen, sie nachträglich mit heuchlerischer Besorgnis zu öffentlichen Anfragen im Parlament missbrauchen, so ist das nicht mehr Wahrnehmung öffentlicher Interessen, sondern ganz gewöhnliche Verleumdung!

Die preussischen Behörden haben sich in den letzten Tagen mit drei Fällen

der Korruptionshetze befasst. Einmal war behauptet worden, dass die Brandenburger Ortskrankenkasse einen Luxusbau errichtet habe, der ein Hohn auf die Not der Zeit sei. Die Nachprüfungen durch das Ministerium für Volkswohlfahrt haben ergeben, dass diese Behauptung eine ungeheuerliche Uebertreibung zu Hetz-zwecken darstellt. Eine andere Behauptung in der gleichen Richtung ging dahin, dass der Dokänenfiskus auf der Domäne Tundersleben einen Palast mit 42 Zimmern errichtet habe. Die Wahrheit ist, dass eine einfache Pächterwohnung errichtet wurde, in der je ein Baderaum für die Pächterfamilie und für die Angestellten und Dienstboten vorgesehen wurde. Eine dritte Behauptung wollte wissen, dass beim Neubau eines Kreishauses in Merseburg der Voranschlag um das Doppelte überschritten worden sei und dass für die Ausstattung der Dienstwohnung des sozialdemokratischen Landrats ein ungeheuerlicher Betrag ausgegeben worden sei. Auch hier haben die Nachprüfungen sofort ergeben, dass es sich um ganz ungeheuerliche Uebertreibungen und Fälschungen handelt.

Derartige Behauptungen werden täglich zu Dutzenden in die Welt gesetzt. Von diesen Verleumdungen kleineren Kalibers geht es bis zu den schmutzigsten und ehrenrührigsten Beschuldigungen, die schliesslich in der Behauptung gipfeln, dass die preussische Regierung aus Landesverrätern und aus Leuten bestehe, die die Staatskasse für sich ausplündern. Die preussische Regierung hat dieser Hetze gegenüber bisher ausserordentlichen Langmut bewiesen. Sie hat sich der Hochflut des Schmutzes gegenüber darauf beschränkt, die gröblichsten Verleumdungen sachlich richtig zu stellen, und in einzelnen besonders krassen Fällen den Klageweg zu beschreiten. Die Notverordnung des Reichspräsidenten würde ihr die Möglichkeit geben, in vielen hunderten von Fällen mit Hilfe dieser Verordnung einzuschreiten. Sie hat dennoch diese Verordnung auf das zurückhaltendste angewandt, in der richtigen Erwägung, dass die Leute, die Politik und Verleumdung gleichsetzen, sich auf die Dauer nur selbst schädigen. In zwei Fällen jedoch ist die gewillt, von den Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, rücksichtslosen Gebrauch zu machen - wenn nämlich diese Agitation der Unanständigkeit der Staatsregierung Landesverrat böswillig nachsagt oder wenn die schmutzige Behauptung erhoben wird, die Staatsregierung oder einzelne ihrer Mitglieder arbeiteten für die eigene Tasche. In diesen Fällen ist sie fest entschlossen, gegen die Verleumder rücksichtslos einzuschreiten, damit restlose Klarheit über diese Anwürfe geschaffen wird.

Trotz dieser Zurückhaltung der Preussenregierung erhebt die Einheitsfront der unanständigen Menschen ein lautes Geschrei über angebliche Vergewaltigung. Sie hat zu einer besonderen Methode gegriffen, indem sie den Reichspräsidenten mit Behauptungen, Klagen und Beschwerden bombardiert. Ist es nicht eine ehrenrührige Zumutung an den Reichspräsidenten, dass er zugunsten niedriger Verleumdungen und Lügen einschreiten und das Treibender Front der Unanständigkeit begünstigen soll? Aber auch dahinter steckt System! Es soll damit bewiesen werden, dass der Reichspräsident "versagt" habe! Auf diese Weise bereitet die Einheitsfront der unanständigen Menschen von Hitler über Hugenberg und den Stahlhelm bis zur Volkspartei hin den Präsidentschaftswahlkampf gegen Hindenburg vor!

SPD. Koblenz, 16. April (Eig. Drahtb.)

Der Parteitag des rheinischen Zentrums nahm zu dem Volksbegehren auf Auflösung des preussischen Landtags eine Entschliessung an, in der es heisst, dass die ganze Aktion unbegründet sei und nichts anderes als eine überflüssige Geldausgabe und ein unnötiges Aufrütteln der politischen Leidenschaften bedeute. Das Verhalten, das der Stahlhelm mit seinem Volksbegehren gegen das Zentrum mitteilbar und unmittelbar auch gegen das Kabinett Brüning bei seiner Agitation an den Tag lege, sei derart, dass der Stahlhelm selbst zur Partei geworden sei und deshalb für ein Mitglied des Zentrums die Mitgliedschaft zum Stahlhelm unmöglich sei.

SPD. Madrid, 16. April (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag-Vor- und Nachmittag herrschte in ganz Spanien vollkommene Ruhe. Die Arbeit wurde nach dem Feiertag am Mittwoch überall wieder aufgenommen. Auch in Barcelona, wo die Feindschaft zwischen der Einheitsgewerkschaft und der unter der Diktatur von General Anido gegründeten "freien Gewerkschaft", einer reaktionären Organisation, gefährliche Formen anzunehmen drohte, ist vorläufig der Friede wiederhergestellt.

Zwischen der katalanischen Regierung und der Madrider Zentralregierung sind inzwischen Schwierigkeiten aufgetaucht, da sich die Regierung in Madrid der Errichtung eines besonderen katalanischen Staats widersetzt. In Madrid wurden am Donnerstag Verhandlungen zwischen dem Wirtschaftsminister Nicolau d'Oliver und einem Delegierten der katalanischen Regierung aufgenommen, die, wie man glaubt, zu einer Verständigung im Sinne der katalanischen Wünsche führen werden.

Die Regierung hat am Donnerstag beschlossen, alle zu leichten Freiheitsstrafen verurteilten Personen grundsätzlich zu begnadigen. Dieselbe Massnahme wird auf alle Strafgefangenen angewandt werden, die von jetzt ab weniger als vier Jahre Gefängnis zu verbüßen haben. Allen übrigen Verurteilten wird die Hälfte der Strafe erlassen. Sie werden aber, soweit ihnen keine höhere Strafe als sechs Jahre Gefängnis zudiktiert ist, provisorisch in Freiheit gesetzt. Die wegen der Teilnahme an dem Dezemberaufstand verurteilten Flieger des Madrider Flugplatzes sind am Donnerstag sämtlich aus der Haft entlassen worden.

Am Donnerstag sind in Madrid auch die endgültigen Ergebnisse der Gemeindevahlen auf dem Lande veröffentlicht worden. Danach haben in der Gesamtheit der Gemeindeverwaltungen auf dem Lande die Monarchisten die Mehrheit erhalten.

SPD. Ein dreister wahlschwindel der kommunistischen Presse fand am Donnerstag vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte durch Verurteilung eines kommunistischen Verleumders zu 3 Monaten Gefängnis seine gerichtliche Sühne.

Am 15. August liess das in Königsberg erscheinende kommunistische "Echo des Ostens" eine wohl vorbereitete Wahlbombe steigen. Das Kommunistenblatt behauptete, dass die Sozialdemokratie in Ostpreussen Rollkommandos aufgestellt habe, die gegen den Stahlhelmtag vorgegangen seien und deren Mitglieder Gefängnisstrafen erhalten hätten. Nachdem habe die Sozialdemokratie die Verurteilten im Stich gelassen. Die sozialdemokratische "Königsberger Volkszeitung" bezeichnete diese ganze Angelegenheit als Schwindel. Darauf veröffentlichte das kommunistische "Echo des Ostens", indem es seine Behauptungen wiederholte, im Wortlaut einen angeblichen Brief des preussischen Landtagsabgeordneten Kuttner an eines der angeblichen Opfer, einen gewissen Maschinenbautechniker Georg Doersam. Dieser Brief stellte in seinem Inhalt eine blutige Verhöhnung des im Gefängnis sitzenden Doersam dar, so enthielt dieser Brief den Satz:

"Was das Exerzieren betrifft, so wird es gut sein, denn wenn Ihr den ganzen Tag sitzt, so ist dies doch zur Bewegung und Verdauung gut..... Dann ist es doch auch nicht unsere Schuld, dass Du im Gefängnis bist. Warum lässt Du Dich mit den radikalen Rowdys ein."

Dieser Brief an Doersam war von A bis Z gefälscht. Der Abgeordnete Kuttner hat einen derartigen Brief niemals geschrieben. Dies wurde sofort in der sozialdemokratischen Presse festgestellt und zugleich die weitere Feststellung getroffen, dass Doersam, ein vielfach vorbestrafter Mensch, überhaupt nicht wegen politischer Vergehen, sondern wegen gemeiner Betrügereien im Königsberger Gefängnis gesessen hatte.

Anstatt den Schwindel einzugestehen, bezichtigte die Berliner "Rote Fahne" den "Vorwärts" in den grössten Ausdrücken, Lügenmärchen zu verbreiten. Sie behauptete u.a., dass Doersam niemals vorbestraft sei, dass er fünfzehn Jahre lang Mitglied der SPD gewesen sei, dass er wegen rein politischer Dinge inhaft-

tiert gewesen sei und die "Vorwärts"-Redaktion verklagen würde.

Doersam aber hat nie verklagt. Dagegen erstattete Kuttner gegen Doersam Strafanzeige wegen Urkundenfälschung und Verleumdung. Dieser Prozess kam am Donnerstag zur Verhandlung vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte. In seinem Verlauf stellte sich heraus, dass der Ehrenmann der "Roten Fahne" von 1916 angefangen zehnmal vorbestraft ist wegen Diebstahls, Rückfalldiebstahls, Betrug, Rückfallbetrug und, was besonders interessant ist, dreimal wegen Urkundenfälschung. Weiter stellte der Vorsitzende fest, dass Doersam damals, als er den Brief von Kuttner erhalten haben will, nicht wegen politischer Vergehen, sondern wegen Rückfallbetrug und Rückfalldiebstahls eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe verbüßte.

Das Gericht verurteilte Doersam wegen öffentlicher Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis. Von der Anklage der Urkundenfälschung sprach es ihn frei, weil die von ihm gefälschte "Abschrift" keine Urkunde im strafrechtlichen Sinn darstelle.

Die Urteilsbegründung ist für die kommunistische Fälscher vernichtend. Es heisst darin: "Es ist einwandfrei festgestellt, dass der dem Zeugen Kuttner zugeschobene Brief eine Fälschung ist zu agitatorischen Wahlzwecken, die sich richten sollte gegen die SPD und gegen den Zeugen Kuttner. Was die Art der Beleidigung anbetrifft, so sieht jeder, der auch nur die primitivsten Grundsätze von Anstand und Ehre besitzt, dass es sich hier um einen ganz infamen und gemeinen Angriff auf die Ehre eines Volksvertreters handelt. Der Angeklagte Doersam und seine Hintermänner haben nach dem Grundsatz gehandelt: "Verleumde nur immer wacker, es bleibt stets etwas hängen." Solche Taktik kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden. Es musste deshalb zur Sühne und zur Abschreckung eine empfindliche Gefängnisstrafe verhängt werden."

Wird die kommunistische Presse den Mut finden, dies Urteil ihren Lesern mitzuteilen?

SPD. Paris, 16. April (Eig. Drahtb.)

Exkönig Alfons hat mit seinem Gefolge am Donnerstag-Mittag um 12,20 Uhr Marseille mit dem fahrplanmässigen Schnellzug verlassen. Bei der Abfahrt ertönten unter der auf dem Bahnsteig versammelten Menge Rufe "Es lebe der König", die mit Rufen "Es lebe die Republik" beantwortet wurden. Der Exkönig traf abends um 23,15 Uhr in Paris ein.

Die Königin Elisabeth von Belgien ist am Donnerstag-Abend in Paris eingetroffen, um der früheren spanischen Königsfamilie einen Besuch abzustatten. Für den Schutz der Familie, die voraussichtlich eine Woche in Paris bleiben wird, sind aufgrund einer Unterredung des Exbotschafters Quinones de Leon mit dem Polizeipräfekten umfangreiche Sicherheitsmassnahmen getroffen worden. Die Geheimpolizei soll ausserdem die Weisung erhalten haben, für die Sicherheit der von der Exkönigin mitgeführten Wertgegenstände zu sorgen. Man nimmt an, dass die Exkönigin die gesamten Kronjuwelen, deren Wert auf über 40 Millionen Mark geschätzt wird, mit sich führt.

SPD. Madrid, 16. April (Eig. Drahtb.)

Aus Casablanca wird gemeldet, dass die Eingeborenen-Garde der spanischen Generalresidenz in Tetuan am Mittwoch auf einen Trupp Manifestanten geschossen hat, der in das Palais eindringen und die republikanische Flagge hissen wollte. Drei Personen wurden getötet, 12 verletzt.

SPD. Der Stahlhelm führt seinen Kampf gegen den sozialdemokratischen Landrat Hansmann in Schwelm, von dem behauptet wird, dass er die deutschen Frontsoldaten als "besoffene Schweine" bezeichnet habe, munter weiter. Neuerdings haben sich auch die beiden Staatspartei der Kreistages in Schwelm auf die Seite des Stahlhelm geschlagen und gemeinsam mit den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen und allen anderen bürgerlichen Parteien in einer Entschliesung an den preussischen Innenminister die sofortige Abberufung von Hansmann gefordert. In dem Ziel, einem Sozialdemokraten aus einer von Hansmann als Verleumdung bezeichneten Behauptung einen Strick zu drehen, sind sich alle bürgerlichen Fraktionen des Kreistages in Schwelm von der Staatspartei bis zu den Nationalsozialisten einig.

Die Aktion gegen Hansmann wäre verständlich, wenn er tatsächlich gesagt hätte was ihm vorgeworfen wird. Aber wo sind die Beweise dafür? Der Stahlhelm behauptet zwar, dass er mit 76 Zeugen aufwarten könne, die eidlich bekräftigen wollen, dass Hansmann von den Frontsoldaten ganz allgemein als von "besoffenen Schweinen" gesprochen hat. Als Münchmeyer, der abgehalfterte Pfarrer und jetzige nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, sich vor nicht allzulanger Zeit wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik verantworten sollte, hatte er ebenfalls Dutzende von Zeugen aufgeboten, die bestimmte eidesstaatliche Erklärungen abgeben sollten. Es waren Nazis, die - wie sich später vor Gericht herausstellte - Aussagen beschwören wollten, die sie niemals gehört hatten. Wer garantiert dafür, dass es im Falle Hansmann anders ist, dass sich in Schwelm nicht wiederholt, was z.B. im Falle Münchmeyer beabsichtigt war. In dem Hass gegen die Sozialdemokratie kennt die vereinte Rechte keine Grenzen. Wir trauen ihr deshalb alles zu und betrachten es durchaus als möglich, dass - wie es neuerdings heisst - das Komplott gegen Hansmann von einer Gruppe "nationaler Männer" vor der betreffenden Versammlung, in der die Worte von den besoffenen Schweinen gefallen sein sollen, geschmiedet wurde.

Der Sachverhalt ist jedenfalls keineswegs im Sinne der Behauptungen derer von rechts geklärt. Umso verwerflicher ist es, dass sich inzwischen auch angebliche Demokraten in die Front der Nationalsozialisten und Deutschnationalen eingereiht haben. Nicht aus sachlichen Motiven, sondern aus persönlichen Gründen.

+ + +

Die preussische Staatsregierung hat den Ministerialrat Hoffmann vom preussischen Innenministerium zum Zwecke näherer Feststellungen über die gegen Landrat Hansmann aufgestellten Behauptungen am Donnerstag-Abend nach Hattingen entsandt. Hoffmann wird mit allen Schichten der Bevölkerung Fühlung nehmen.

SPD. Köln, 16. April (Eig. Drahtb.)

Die Deutsche Volkspartei hat im preussischen Landtag in einer kleinen Anfrage gegen eine Uebertragung der Jugendweihe des Deutschen Freidenkerbundes in Köln durch den Westdeutschen Rundfunk Protest eingelegt. Sie wirft dem Rundfunk vor, sich mit der Uebertragung in den Dienst der Gottlosen-Propaganda gestellt zu haben.

In einer Zuschrift an die sozialdemokratische "Rheinische Zeitung" wird zu der Behauptung der Volkspartei festgestellt, dass im Laufe der letzten vier Jahre vom westdeutschen Rundfunk nur zwei Freidenker-Morgenfeiern übertragen worden sind. Dagegen sind im gleichen Zeitraum insgesamt 255 Morgenfeiern gesendet worden, von denen nur 35 einen überkonfessionellen Charakter hatten, während die restlichen 218 Morgenfeiern betont christlich konfessionell waren und zwar 120 katholisch und 98 evangelisch. Diese Zahl erhöht sich durch 26 weitere Veranstaltungen ausgesprochen christlich konfessionellen Charakters, sodass im Laufe der letzten vier Jahre auf 244 religiöse Veranstaltungen des Westdeutschen Rundfunks nur zwei freidenkerische entfallen, von denen die letzte den Sturm im Wasserglas entfesselt hat.

SPD. Das Reichsministerium des Innern hat die ihm von dem preussischen Innenminister "übermittelte und von dem Stahlhelm zunächst an den Berliner Polizeipräsidenten gerichtete Beschwerde gegen das Verbot seines Bundesorgans am Donnerstag mit einem kurzen Begleitschreiben an den zuständigen Senat des Reichsgerichts zur Entscheidung weitergeleitet. Das Reichsinnenministerium fühlt sich zu einer Entscheidung nicht berufen, da sich das Verbot des "Stahlhelm" u.a. auch auf das Republikenschutzgesetz stützt.

Es besteht - wie der "Soz. Pressedienst" erfährt - die Wahrscheinlichkeit, dass sich das Reichsgericht mit der Beschwerde des Stahlhelm nicht zu befassen braucht. Die Bundesleitung des Stahlhelm wird voraussichtlich am Freitag unter Bezugnahme auf das Verbot ihres Bundesorgans an den preussischen Innenminister ein Schreiben richten, durch dessen Inhalt die preussische Staatsregierung in die Lage versetzt werden soll, die Dauer des Verbots wesentlich zu beschränken. Es ist selbstverständlich, dass in dem Schreiben bestimmte Erklärungen und zwar sowohl inbezug auf die Vergangenheit, d.h. auf den Artikel, der zu dem Verbot führte, als auch inbezug auf die künftige Haltung des "Stahlhelm" abgegeben werden müssen!

SPD. London, 16. April (Eig. Drahtb.)

Im Unterhaus begann am Donnerstag wiederum eine grosse durch ein konser-
vatives Misstrauensvotum hervorgerufene Debatte über die Wirtschaftslage und die Arbeitslosigkeit. Die unabhängige Arbeiterpartei hat beschlossen, für die Regierung zu stimmen. Die Mosley-Gruppe wird sich der Stimme enthalten, sodass mit Hilfe der allerdings gespaltenen Liberalen eine knappe Regierungsmehrheit gesichert erscheint.

SPD. Prag, 16. April (Eig. Drahtb.)

Anstelle des zurückgetretenen Finanzministers Englisch ernannte der Staatspräsident den Gouverneur der Postsparkasse Dr. Trapl. Der neue Minister gehört der tschechoslowakischen Nationalsozialistischen Partei (Benesch-Partei) an. Die nationalsozialistische Partei der Tschechoslowakei hat demokratischen Charakter.

SPD. Stettin, 16. April (Eig. Drahtb.)

Der langjährige Verlagsdirektor der deutschnationalen "Tagespost" in Stettin, Wiese, ist in diesen Tagen seines Amtes enthoben worden, nachdem im Januar bereits der damalige Chefredakteur Dyrssen sich weigerte, seinen Dienst weiter zu versehen und seine Stellung verliess.

Die Amtsenthebung von Wiese und der Abgang Dyrssen's bilden den vorläufigen Abschluss eines Machtkampfes innerhalb der Deutschnationalen Partei Pommern der sowohl finanzielle wie politische Hintergründe hat. Während Dyrssen zurücktrat, weil man ihm zumutete, die politische Leitung an einen nationalsozialistischen Schriftsteller, der noch dazu vorher niemals redaktionell gearbeitet hatte, zu übergeben, ist die Amtsenthebung des Verlagsdirektors nicht zuletzt infolge geschäftlicher Rückschläge erfolgt. Die Abonnentenziffer der "Tagespost" ist ständig zurückgegangen, besonders seit dem letzten Wahlkampf, in dem die "Tagespost" infolge des Auftretens einer hugenbergischen und einer antihugenbergischen deutschnationalen Liste sich für neutral erklären musste. Erst kürzlich wurde der Verlagsdirektor wegen falscher Angabe der Abonnentenziffer bei der Inseratenwerbung gerichtlich verurteilt. Eine weitere Klage derselben Art inbezug auf die Inseratenwerbung für die deutschnational eingestellte "Gast-

wirté-Zeitung", die im selben Verlag wie die "Tagespost" erscheint, schwebt noch. Bei der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, dass die "Tagespost" in Stettin nur noch 8 000 zahlende Abonnenten besass. Da ausserdem die Errichtung eines neuen Geschäftshauses mit Hilfe von teuren Hypothekengeldern sowie reichliche Anschaffungen neuer Druckereimaschinen des deutschnationale Unternehmen belasten, sind in diesen Tagen Verhandlungen mit dem Hugenberg-Konzern eingeleitet worden, um überhaupt die Weiterführung des deutschnationalen Unternehmens zu sichern.

Wie zuverlässig verlautet, wurde bei den Verhandlungen von den Vertretern Hugenbergs die Amtsenthebung des Verlagsdirektors aus politischen und geschäftlichen Gründen gefordert. Mit seinem Abgang dürfte in der Deutschnationalen Partei und Presse Pommerns die radikale Richtung unter den Gutsbesitzern v. Rohr-Demmin und Graf Bothmer das Uebergewicht gewinnen.

SPD. Aus dem inzwischen bekanntgegebenen Wortlaut des Abschiedsmanifestes Alfons XIII. ergibt sich, dass der letzte König von Spanien formell nicht abgedankt hat. Er will lediglich abwarten, wie sich das Volk bei den Neuwahlen entscheidet und spricht dabei die Hoffnung aus, dass es sich schliesslich doch für die Monarchie erklären wird.

Dieses Dokument ist nicht ungeschickt formuliert, zumal es auch das scheinbar freimütige Geständnis enthält, dass er "zweifellos bisweilen geirrt" habe; aber, wie er hinzufügt, "nicht aus Böswilligkeit".

Das Beste gewollt zu haben, behauptet so ziemlich ein jeder vertriebener Monarch. Meist ist das aber nur die weinerliche Ausrede jener, die abgewirtschaftet haben. Diese Behauptung, selbst wenn sie aufrichtig ist, ist aber noch lange keine ausreichende Entschuldigung. Besonders dann nicht, wenn man damit auf den Bruch der beschworenen Verfassung anspielt: Alfons XIII. hat acht Jahre mit den Mitteln der Diktatur regiert, obwohl er den Eid auf eine konstitutionelle Verfassung abgelegt hatte. Er hat blutige und katastrophal verlaufene Offensiven in Marokko auf dem Gewissen, die er entgegen den Warnungen der militärischen Fachleute anordnete, nur weil er durch kriegerische Erfolge das erschütterte Prestige der Dynastie wieder festigen wollte. Er hat nichts getan, um der Ausplünderung des Landes durch einige Kliquen von Hochadligen und Militärs Einhalt zu gebieten. Er hat also sein Schicksal reichlich verdient.

Jetzt stellt er in seinem Manifest die Dinge so dar, als "setze er freiwillig die Ausübung der königlichen Gewalt so lange aus, bis die Nation sich geäussert hat". An diese "Freiwilligkeit" glaubt wohl kein Mensch, am allerwenigsten er selbst. Vor zwei oder drei Monaten, ehe das Volk seinen Willen durch Wahlen kundgetan hatte, hätte eine solche Geste schon eher den Anschein der Freiwilligkeit gehabt. Damals haben ihm wohlmeinende Freunde, zum Beispiel der frühere Aussenminister Santiago Alba gelegentlich einer Unterredung in Paris dazu geraten. Dann hätte dieser Abgang auf manche Kreise in Spanien vielleicht einen gewissen Eindruck gemacht und das Resultat der Wahlen wäre möglicherweise ein günstigeres für die Krone gewesen. Er hat diese Anregung zurückgewiesen und damit den günstigen Augenblick versäumt. Heute ist er, trotz allen gegenteiligen Versicherungen seines Manifestes und seiner Umgebung aus dem Lande geflüchtet.

Ueberdies ist es recht eigenartig, dass er auf einem anderen Wege nach Frankreich gelangt ist als die Königin und seine Kinder. Sollte die Nachricht zutreffen, dass er aus Angst vor Attentaten den Seeweg über Carthagena und Marseille benutzt hat, während er Frau und Kinder mit der Bahn reisen liess? Das wäre ja eine eigenartige "Ritterlichkeit", die darin besteht, den weiblichen Teil seiner Familie den gefürchteten Bombenanschlägen auszusetzen, sich selbst aber nach einer einsamen, wilden Autofahrt im Schutze des zugesicherten Mari-

negeleits bei Nacht und Nebel einzuschiffen!

Jedenfalls ist es bezeichnend, dass die mit ihrem Vermögen und ihren Juwelen über die Grenze geflüchteten Bourbonen-Habsburg samt ihrem engsten Anhang nunmehr auf französischem Boden wieder hochmütige Redensarten führen und sich so gebärden, als wäre ihre Abreise aus Spanien nur ganz vorübergehend, zumal keine Abdankungsurkunde vorliege.

In Wirklichkeit kommt es aber, wie bei jeder Revolution, nicht auf die Urkunde an, sondern auf die Machtverhältnisse. Diese sprechen jetzt eindeutig zugunsten der neuen republikanischen Regierung. Die Flucht des Königs wird die republikanische Mehrheit bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung zweifellos nur noch vermehren. Voraussetzung für den Bestand des neuen Regimes ist allerdings, dass das Chaos vermieden wird. Rücksichtslos muss daher die neue Regierung den Versuchen der Anarchisten und Syndikalist entgegenzutreten, Unruhe und Wirrwarr zu stiften. Kommunisten sind in Spanien fast nicht vorhanden, dafür ist diese Abart des Linksradikalismus in Spanien, vor allem in Katalonien, noch stark verbreitet und macht sich bereits störend bemerkbar. Auch mit der katalanischen Republik des Obersten Macia muss die Madrider Regierung schnell ins Reine kommen, am Besten in der Form einer Föderation nach deutschem Beispiel. Jede separatistische Gefahr und jede Ausbreitung anarchistischer Unruhen und Attentate würde nur der monarchistischen Konterrevolution zugute kommen.

SPD. Weimar, 16. April (Eig. Drahtb.)

Das hiesige Schwurgericht sprach den Polizeihauptwachtmeister Paul Schmidt am Donnerstag, nach zweitägiger Verhandlung, von der Anklage des Betruges und des Meineides frei. Schmidt, der Sozialdemokrat ist, war beschuldigt, sich im Januar 1926 einen Schuss in die Brust beigebracht und ferner beabsichtigt zu haben, die Stadt Weimar durch Erhebung eines Anspruches auf Entschädigung zu betrügen und schliesslich einen Meineid geleistet zu haben.

An dem Tage, an dem sich Schmidt den Schuss beigebracht haben sollte, tagte in Weimar ein Parteitag der Nationalsozialisten. Im Verlauf der Veranstaltung hielt der nationalsozialistische Rechtsanwalt Freisler vor dem Bahnhofsgebäude eine Hetzrede gegen die Polizei, die Schmidt zur Feststellung der Personalien des Rechtsanwalts veranlasste. Als er versuchte, Freisler zur Wache zu bringen, nahmen die Nationalsozialisten eine drohende Haltung gegen ihn ein. Zwei Stunden später, gegen 3 Uhr morgens, wurde Schmidt etwa 50 m von dem Bahnhofsgebäude entfernt mit einem schweren Brustschuss aufgefunden. Er gab damals an, bei der Rückkehr von einer Streife von einem Nationalsozialisten im Alter von etwa 20 Jahren angeschossen worden zu sein. Die sofort aufgenommenen polizeilichen Ermittlungen führten zur Beschlagnahme von 7 Pistolen, die bei auswärtigen Nationalsozialisten gefunden wurden. Ein damals gegen "Unbekannt" eingeleitetes Verfahren wurde später, im Jahre 1927 eingestellt.

Im Mai 1930 nahm sich die Stadtverwaltung Weimar plötzlich der Sache wieder an, forderte von der Staatsanwaltschaft die Akten und führte von sich aus Ermittlungen. In der gleichen Zeit stellte Schmidt einen Antrag auf Zahlung eines Wartegeldes in Höhe von 80 Prozent seines früheren Gehalts. Eine Woche darauf stellte der Weimarer Oberbürgermeister Strafantrag gegen den Beamten mit der Behauptung, dass dieser auf sich selbst geschossen habe, um ein höheres Wartegeld zu erhalten. Tatsächlich war die ganze Untersuchung des Vorfalles ausserordentlich oberflächlich geführt und Schmidt bis zum Jahre 1930 nicht ein einziges Mal ordnungsgemäss vernommen worden.

Der Verlauf des Prozesses ergab, dass die gegen Schmidt erhobenen Anklagen zu Unrecht bestanden. Trotzdem hielt der Staatsanwalt die Anklage aufrecht. Er stützte sich entgegen den Ergebnissen der Beweisaufnahme auf vage Indizien und auf Vernehmungen des Angeklagten durch den Weimarer Stadt-

syndikus Thomas, der seine Aufgabe in erster Linie dahin betrachtet hatte, die Ansprüche des Beamten an die Stadt von dieser abzuwälzen. Weil Schmidt Sozialdemokrat und Republikaner war, sollte er sich den verhängnisvollen Schuss selbst beigebracht haben. Weder die Hetze gewisser Beamter der Stadt noch die nationalsozialistische Presse haben ihr Ziel erreicht. Schmidt ist aus der Gerichtsverhandlung makellos hervorgegangen. Sein Freispruch bedeutet den Zusammenbruch einer üblen Hetze, deren Zweck war, ein neues Schandurteil zu bewerkstelligen.

SPD. London, 16. April (Eig. Drahtb.)

Die republikanische Regierung Spaniens hat den Schriftsteller Perez de Ayala zum Botschafter in London ernannt. Perez de Ayala wird sein Amt schon in den nächsten Tagen antreten.

SPD. Köln, 16. April (Eig. Drahtb.)

Die Stolberger A.G. für Bergbau in Aachen und die Gewerkschaft Mechericherwerke in der Eifel haben Anträge auf Stilllegung ihres Bleiberghaus gestellt. Sollte dem Antrag stattgegeben werden, so würden insgesamt 1500 Arbeiter und Angestellte arbeitslos werden.

SPD. New York, 16. April (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten beträgt nach der letzten amtlichen Schätzung rund sechs Millionen. Fünf Millionen Männer und Frauen arbeiten verkürzt.

SPD. Der Panzerkreuzer A, der am 19. Mai in Kiel vom Stapel laufen wird, dürfte den Namen "Preussen" erhalten.

SPD. London, 16. April (Eig. Drahtb.)

Auf dem Truppenübungsplatz in Catterick (Yorkshire) ist die Genickstarre ausgebrochen. Zwei Soldaten sind bereits gestorben. Die 8 000 Mann starke Besatzung des Lagers ist in Quarantäne genommen worden.

SPD. Bombay, 16. April (Eig. Drahtb.)

Die Amtszeit des gegenwärtigen Vizekönigs ist abgelaufen. Auf seiner Rückreise nach England ist Lord Irvin in Bombay eingetroffen, wo er noch einmal eine Aussprache mit Gandhi haben wird. Der Nachfolger Irvins ist Lord Wellington, bisher Generalgouverneur von Kanada. Er wird am Freitag in Indien erwartet.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Parolen für die Faschisten.

SPD. Die Kommunisten können es nicht lassen, sie müssen immer wieder der faschistischen Propaganda Material liefern. Die sogenannte RGO. hat einen gänzlich unbekanntem Mann namens Peschke zum Kongress der russischen Metallarbeiter nach Moskau geschickt. Dieser Mann musste dort die traditionelle Rede halten, die den russischen Arbeitern über die wahre Lage in Deutschland Sand in die Augen streuen soll. Also deklamierte besagter Peschke: Durch die Bildung der Gewerkschaftsopposition unter Führung der KPD sei es gelungen, die Stellung der allgemeinen Gewerkschaften, darunter der christlichen, zu erschüttern. Die Gewerkschaftsopposition unter Führung der KPD müsse ein Bollwerk des Kommunismus werden. Auch die anderen Gewerkschaften müssen teilnehmen an den sozialen Kämpfen, die von der KPD für die Arbeiterrätediktatur geführt werden. Die Zeit der sozialen Kämpfe in Deutschland werde bald kommen. Der kommende Bürgerkrieg werde die Rätediktatur bringen.

Alles in allem: die blödesten, grossmäulig vorgetragenen Agitationsphrasen der Kommunisten. In Deutschland glaubt derartige Unsinn selbstverständlich kein Arbeiter, und besagter Peschke, der ihn in Moskau auf Befehl herbeten muss, höchstwahrscheinlich selber nicht. Die Sowjetpresse jedoch verzeichnet diese Rede als ein Zeichen dafür, dass in Deutschland bald die Sowjetrepublik ausbrechen werde. Auf die Veröffentlichung der Sowjetpresse stürzen sich die Korrespondenten der in Moskau vertretenen kapitalistischen Presse, die blödsinnige Rede des besagten, gänzlich unbedeutenden Peschke wird nach Deutschland telegraphiert und die gesamte faschistische Presse und die Scharfmacherorgane schlachten sie aus: "Deutscher Kommunist sagt baldige Rätediktatur in Deutschland voraus!" Wehe, wehe deutscher Spiessbürger, wie wird es Dir ergehen! Werde schleunigst Nationalsozialist, wenn du nicht von der bolschewistischen Diktatur abgeschlachtet werden willst.

Die Faschistenorgane, die diesen Blödsinn benutzen, glauben ihn selber natürlich auch nicht. Aber sie rechnen darauf, dass die braven deutschen Spiessbürger darauf hereinfallen werden. Die kommunistische Grossmäuligkeit ist immer noch die beste Propaganda für offene und versteckte Faschisten gewesen!

Arme Auguste Viktoria!

Die ganz getreuen Monarchisten in Deutschland, die vom "Kaiserdank" und der "kaisertreuen Jugend", deren Häuptling der kaiserliche Gesandte a.D. Dr. Kracker von Schwarzenfeldt ist, haben die Uebung, an jedem 15. April eine Gedenkfeier für die erste und legitime Frau Wilhelms von Doorn zu begehen. Die Gedenkfeier ist denen, die es lieber mit der lebenden Hermine als mit der toten Auguste Viktoria halten, immer ein Splitter im Auge gewesen, und in den Reihen der ganz Kaisertreuen selbst hat man darunter geseufzt, dass die Uebung nun einmal angefangen war. Aber siehe da! Diesmal hat man einen Vorwand gefunden, um von der Erinnerungsfeier für Auguste Viktoria herunterzukommen - und das hat mit ihren Paragraphen die Notverordnung getan! Dr. Kracker von Schwarzenfeldt, der allergetreueste Diener seiner Majestät, verlautbart: "Da wir die Weihe einer Gedenkfeier nicht durch die Anwesenheit einer polizeilicher Ueberwachung beeinträchtigen lassen wollen, zumal die harmlosesten Äusserungen infolge der Notverordnung Hindenburgs zu störenden Verbannungen benutzt werden können, so haben wir beschlossen, von der Gedenkfeier für unsere unvergessliche Kaiserin abzusehen."

Da hat Hindenburg seinen Stich, die "unvergessliche" Kaiserin sind sie los - und Hermine hat endgültig über die erste Frau triumphiert - mit Hilfe der Notverordnung.

Die Salonbolschewisten.

Die Kommunistische Partei benutzt den Fall der Frau Dr. Kienle-Jakobowitz zu einer systematischen Propaganda gegen die Sozialdemokratische Partei, und Frau Dr. Kienle spielt bei dieser Propaganda die Hauptperson. Mit Kienle gegen die Sozialdemokratie, so heisst die kommunistische Parole. Indessen können sie auch anders. Und so liest man in einem Berliner Mittagsblatt:

"Frau Katharina von Kardorff hatte einen Keis von Berliner Frauen eingeladen, um Frau Dr. Kienle zu begrüßen: Gräfin Arco, Frau von Dawidoff, Frau Lucie Fehr, Frau Justizrat Fuchs, Frau Else Herz, Baronin Vera von der Heydt, Frau Ina von Kardorff, Frau Elsa von Mentelssohn Bartholdy, Frau Ursula Wertheim, Gräfin von Platen-Hallermund."

Fehlt nur noch die Angabe, ob die Damen der Berliner Gesellschaft nach der Begrüssung von Frau Dr. Kienle, sich nach gewohntem Berliner Brauch zu einer aufgeregten Bridgepartie zusammengefunden haben.

Der reaktionäre Mensch.

Wir finden in einem Buch mit einem sehr bekannten Titel die folgende Kennzeichnung jener Leute, die Stresemann einst die ewig Gestrigen genannt hat:

"Schon bald nach dem 9. November sann der reaktionäre Mensch auf Rückgängigmachen und immer dachte er in diesen Jahren an Freiheitskampf. Aber die Rückgängigmachung stellte er sich als ein schieres Ungeschehenmachen vor und den Freiheitskampf dachte er sich nach berühmten Vorbildern. Ja, in seiner Lieblingsvorstellung dachte der reaktionäre Mensch sich diesen neuen Freiheitskrieg so, dass er nach der einen Seite gegen den Erbfeind, aber nach der anderen gegen die Arbeiterschaft geführt werden sollte, um so mit einem einzigen Schlage die beiden Störenfriede aus dem lieben Vaterlande auszutreiben, die uns nicht mehr so darinnen leben lassen, wie wir ehemals darin gelebt haben, in jener alten Zeit, die nur der reaktionäre Mensch sich als die gute alte Zeit vorzustellen pflegt."

Der Verfasser dieses Buches muss bei diesen Sätzen ganz offenbar auf Adolf Hitler und die Seinen gezielt haben. Wer ist es? Sein Name ist Moeller van den Bruck, der Verfasser des Buches "Das Dritte Reich", dessen Titel sich die Nationalsozialisten bemächtigt haben, um es zu ihrem obersten Schlagwort zu machen. Nach dem Verfasser des "Dritten Reiches" würde also das "Dritte Reich" Hitlers ein Reich des reaktionären Menschen sein!

Notverordnungsreif.

Die Propaganda der Frommen hat in der letzten Zeit erheblich an Aggressivität gewonnen. Hier ein Beispiel: In einem kirchlichen Gemeindeblatt in Leipzig für April 1931 wird geklagt: "Immer kommt es wieder vor, dass auch getaufte Kinder durch die charakterlose Haltung ihrer Eltern nicht zum Religionsunterricht angemeldet werden." Nach dieser Beschimpfung von Eltern, die ihre Kinder nicht dem Religionsunterricht zuführen wollen, wird den Taufpaten der Kinder geraten, sich einzumischen und solche Kinder selbst in die christliche Religion einzuführen. Hier haben wir einen krassen Fall, der sowohl eine Beschimpfung anders Denkender enthält als auch eine glatte Aufforderung, Zwist und Unfrieden in die Familien zu tragen, Kinder in Zweifel und Gewissensnöte zu stürzen und ihren Eltern zu entfremden. Wir fragen uns: Wäre diese Sorte von Propaganda nicht eigentlich reif für die Anwendung der Notverordnung?

Aus aller Welt

Rund um die Glückstrommel.

Im Ziehungssaal der Staatslotterie - Hoffnung auf Segen - Nicht ohne Feierlichkeit kommt man zu seinem Glück.

SPD. Am 20. April beginnt die Ziehung der ersten Klasse der Preussisch-Süddeutschen Lotterie. Unsere Reportage schildert die Technik und Romantik des bedeutungsvollen Vorgangs.

Berlin - Markgrafenstrasse-: Dienstgebäude der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie. Um neun Uhr ist im Ziehungssaal der General-Direktion der Beginn der Ziehung für die erste Klasse festgesetzt, aber diesem einfachen hellen Saal merkt man es kaum an, dass in ihm Fortuna alljährlich ihr Füllhorn über Hunderttausende - man rechnet mit vier bis fünf Millionen Lotteriespieler in Deutschland - ausschüttet. Das Einzige, was ihn von einem gewöhnlichen Saal unterscheidet, sind die beiden Ziehungsräder vorn auf dem breiten langen Tisch und davor die Pulte der Protokollführer, die an ihren grossen Listen sitzen, während hinter ihnen eine Barriere das zuschauende Publikum in seine Schranken weist.

Aber die 800 000 heiteren und schwarzen Lose, die Gewinne und Nieten liegen vorläufig noch wohlverpackt und gewissenhaft plombiert als kleine Röllchen in den Gitterkästen, bevor sie in den Trommeln ruhen. Es ist ein umständlicher komplizierter Apparat, der sich mit jeder Ziehung in Bewegung setzt, mit allen erdenklichen Vorsichtsmassnahmen und Kontrollen, die nach menschlichem Ermessen jede betrügerische Handlung von vornherein ausschalten sollen. Schon tagelang vorher werden unter Aufsicht die Gewinn- und Nummernzettel, von denen jeder in den Kästen seinen bestimmten Platz hat, gerollt. Bei Beginn der Ziehung werden sie vor aller Öffentlichkeit in die Räder geschüttet und gemischt. In früheren Jahren liess man Kinder die Röllchen aus den Trommeln der Räder ziehen. Jetzt üben staatliche Ziehungskommissare das Amt des Glücksbringers aus, deren Walten von Aufsichtsbeamten kontrolliert wird. Nach je 500 gezogenen Nummern müssen sie ihre Plätze wechseln, damit, wie der technische Leiter der Ziehung erklärt, die weitgehendsten Bürgschaften für das unbedingte und unbeeinflusste Walten des Zufalles gegeben ist. Die Beamten der Ziehungskommission dürfen auch nicht der Lotterieverwaltung angehören; sondern werden von anderen staatlichen Behörden für jede Ziehung gestellt.

So setzen sich nun die beiden Räder in Bewegung. Nicht ohne Feierlichkeit entnimmt der Kommissar dem Nummernrad das erste Röllchen, entfaltet den Zettel und liest die Nummer laut und deutlich vor. Das ist das Signal für den Verwalter des Gewinnrades, der nun auch seinerseits ein Röllchen aus dem Rade fischt, und den Gewinn laut ausruft. Der Kommissar, der zwischen Beiden seinen Platz hat, wiederholt noch einmal die Gewinnzahl und streift beide Zettel auf einen Faden. Das ist ein einfacher, jedem sichtbarer Vorgang, der sich in den nächsten Stunden und Tagen tausend Mal wiederholen wird. Eine sachliche, nüchterne Angelegenheit, die man in grossen Listen sorgfältig aufzeichnet. 696 000 Gewinne werden alljährlich in der Staatslotterie ausgespielt 228 Millionen zahlt man glücklichen Gewinnern auf den Tisch, aber blind waltet der Zufall; dem einen wirft er ein Freilos zu, dem anderen strahlt märchenhaftes Glück mit einem Hauptgewinn, und die Hände, die nach den unscheinbaren Röllchen greifen, sind oft Schicksal.

Während die Räder und Zahlen ihren Gang gehen, erfährt man einige interessante Daten aus der Geschichte der Staatslotterie. Vor etwa 140 Jahren, am 1. Juni 1794, wurde die Preussische Klassenlotterie in staatliche Verwaltung genommen. Sie sollte zum Besten der Invaliden- und Versorgungsanstalten, auch Schul- und Armenhäuser, dienen, also ausschliesslich wohltätigen Zwecken. Schon 90 Jahre früher, 1703, wurde zum ersten Mal eine Klassenlotterie gezogen. 1745 flossen ihre Einnahmen dem grossen Potsdamer Waisenhaus zu, 1763 wurden alle preussischen Lotterien monopolisiert. 1810 übernahm die General-Lotteriedirektion die Führung sämtlicher Lotteriegeschäfte. Seit dieser Zeit fliessen die Ueberschüsse ausschliesslich der Staatskasse zu. 1832 erklärte die Regierung alle kleinen Lotterien, die Quinen-Güter-, Kleine- und Grosse Staatslotterie für aufgehoben und liess nur noch die Klassenlotterie bestehen. Allmählich wuchs die Beteiligung, erhöhte sich die Loszahl - 1813 gelangten 20 000 Lose zur Ausgabe, 1903: 196 000 und in diesem Jahre sind es 800 000 Lose, die in fünf Klassen gespielt werden. Grotesk waren die Zustände zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als in Deutschland nicht weniger als sieben Staatslotterien bestanden. Um sich vor der Konkurrenz der fremden Lotterien zu schützen, erliessen die kleinen Staaten, die ihre Untertanen mit einer eigenen Lotterie beglückten, geradezu barbarische Strafen. Sie wollten so verhindern, dass die lieben Untertanen in einer fremden Staatslotterie ihr Glück versuchten. Allen voran ging Sachsen-Coburg-Gotha, das dieses "schändliche Verbrechen" mit Zuchthaus bestrafte. Heute erstreckt sich das Zulassungsgebiet der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie auf das ganze Deutsche Reich, mit Ausnahme von Sachsen und Hamburg, die ihre eigenen Lotterien haben.

P.

+ + +

Kürtens "Verbrecherlaufbahn".

Aufregende Szenen im Düsseldorfer Mordprozess.- Eine Zeugin wird ohnmächtig.

SPD. Düsseldorf, 16. April (Eig. Drahtb.)

Der Massenmörder Peter Kürten hat den Sachverständigen gegenüber eine recht interessante Aeusserung getan: er meint, er hätte auch das Morden gelassen, wenn man ihn nicht gefangen hätte. Sein Ziel sei gewesen, "der grösste Verbrecher aller Zeiten" zu werden - ein Ziel, das er durch einzelne Morde nicht erreichen konnte. Was er bisher getan habe, sei nur als der Anfang seiner "Verbrecherlaufbahn" gedacht gewesen. Er hätte die Absicht gehabt, Warenhäuser in Brand zu stecken, Bombenattentate zu begehen, grosse Brücken in die Luft zu sprengen - alles, um auf diese Weise jene Massenpaniken hervorzurufen, an denen er sich so berauscht habe.

Gegenüber derartigen bezeichnenden Fantasien muten die sachlichen Feststellungen der weiteren Beweisaufnahme fast bescheiden an. Auch treten keine wesentlich neuen Momente zu Tage. Indes gibt es doch einige recht groteske Augenblicke von fast bedrückender Schaurigkeit - besonders, wie der Vorsitzende, bei Zweifeln darüber, ob die überfallene Frau Mantel die Stimme des Angreifers wieder erkennen würde, den Angeklagten einladet; "Wenn Sie Lust haben, können Sie ja auch einmal fragen: Fräulein, darf ich Sie nach Hause begleiten?". Und seltsam ist es auch, wie in einer Minute, in der über dem Schwurgerichtssaal eine recht schläfrige Stimmung liegt, plötzlich von draussen ein bittender Strassenmusikant in die Vernehmung über die Ereignisse an der Stinter Mühle frei nach Löns hineintrompetet: "Was die grüne Heide sah, geht die Mutter gar nichts an"...

Es werden in erster Linie neben Kriminalbeamten junge Frauen und Mädchen vernommen, auf die Kürten Ueberfälle verübt hat. Da Kürten ein umfassendes Geständnis abgelegt hat und in den wesentlichen Dingen seine Aussagen auch bestätigt werden, wird vermutlich die Vernehmung der Zeugen bereits am Sonnabend

zu Ende geführt werden können. Mit der Urteilsverkündung ist am Dienstag zu rechnen.

Wiederholt kommt es zu dramatischen Szenen. Die Zeuginnen, auf die Kürten Sittlichkeitsattentate verüben wollte, oder die sonstwie mit ihm in nähere Berührung gekommen sind, sind bei seinem Anblick erregt, dass sie in Tränen ausbrechen und dass es Minuten dauert, bevor sie sprechen können. Die Zeugin Sophie Koch aus Köln, die Kürten im Walde von Grafenberg zu erwürgen versucht hatte, allerdings bei diesem Vorhaben gestört wurde, bricht ohnmächtig zusammen, wie sie vor den Richtertisch tritt und Kürten sieht. Während sie herausgetragen wird, bleibt Kürten ganz ruhig, unheimlich ruhig, wie immer.

Bei der Vernehmung der Witwe Körtzinger, der der Angeklagte ausser der Heirat die Uhr eines seiner Opfer angeboten hat, verschlechtert Kürten seine Position durch das Eingeständnis, er habe nicht allein die Kinder, mit denen er oft allein gelassen wurde, sondern die ganze Familie ausrotten wollen und deshalb wiederholt Schere und Hammer eingesteckt; nur fehlte die "gute Gelegenheit". Die Einschränkung, Tötungsabsichten seien immer in der Wohnung gekommen, klingt kaum glaubhaft. Endlich wird festgestellt, dass auch der Ueberfall auf Anni Goldhausen, ein hübsches, schlankes Mädcl, tödlich verlaufen wäre, wenn sich nicht ein vorübergehender Arbeiter zu einer Blutübertragung bereitgefunden hätte. An jenem Tage hat ein zur Hilfe eilender Nachtwächter Kürten aufgrund einer geistesgegenwärtigen Bemerkung laufen lassen.

+ + +

Waffenschieber vor Gericht. In dem zurzeit vor dem Schöffengericht Berlin zur Verhandlung stehenden Prozess gegen die sieben Spandauer Waffenschieber, die im "Dienste des Vaterlandes" Maschinengewehrschlösser verschoben haben, stellte der Staatsanwalt am Donnerstag seine Strafanträge. Er beantragte gegen den Nazigastwirt Hoppe wegen Verstosses gegen das Schusswaffengesetz und wegen Unterhaltung eines Munitionslagers neun Monate Gefängnis, gegen den technischen Polizeisekretär Reimers wegen Hehlerei und Waffenschmuggel ein Jahr Zuchthaus, gegen Paetel wegen fortgesetzten Diebstahls neun Monate Gefängnis, gegen Hochhaus, den "türkischen" Weiterverkäufer, wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz sechs Monate Gefängnis. Für die Angeklagten Heinrich, Wilke und Mazanke, die Komplizen des Schiebers Hoppe, verlangte der Staatsanwalt Freispruch, weil die Verdachtsmomente nicht genügend erhärtet wären. Die Angeklagten hatten "im Dienst des Vaterlandes" - wie sie es nannten - Maschinengewehrschlösser und Maschinengewehrersatzteile aus Heeresbesitz an einen Waffenhändler verkauft, der seinerseits die Ware nach der Türkei verschob.

In seinem umfangreichen Plädoyer ging der Staatsanwalt auf die vielästige Organisation ein, die sich die Waffenschieber zur reibungslosen Abwicklung ihrer illegalen Geschäfte aufgebaut hatten. Es ist erstaunlich, mit welchem Raffinement die Ehrenmänner ans Werk gingen und wie eine schmutzige Hand in die andere arbeitete. Bei der Beurteilung des Verhandlungsstoffes sei, so führte der Staatsanwalt aus, entschieden zu berücksichtigen, dass durch derartige skrupellose Schiebungen die Gefahr stets gross sei, dass staatsfeindliche Elemente in den Besitz des Waffenmaterials gelangen könnten. Der Angeklagte Hoppe gehöre einer Organisation an (den Nazis), in der der Schiessprügel ungemein locker sitze. Es würde eine ungeheure Gefahr für die ganze Bevölkerung bedeuten, wenn Waffen in grösseren Mengen den Hintermännern des Hoppe, der in seiner Partei mancherlei Funktionen ausübte, in die Hand gespielt würden. Man dürfe daher die Waffenangelegenheit keineswegs als Bagatelle betrachten. Es gehe nicht an, dass jedermann sich für berechtigt halte, mit Kampfmaterial Geschäfte zu machen. Hier müssten empfindliche Strafen für Ordnung sorgen.

+ + +

Pohl geisteskrank? Der Hamburger nationalsozialistische Polizeiwachtmeister Pohl, der vor einigen Wochen seinen Vorgesetzten, den Regierungsrat Lassally, niederschoss, ist auf Antrag des amtlichen Arztes zur Untersuchung seines Geisteszustandes auf drei Wochen in die Hamburger Staatskrankenanstalt Hamburg=Langenhorn, gebracht worden. Der Antrag des Amtsarztes lief kurz vor der öffentlichen Anklageerhebung ein. Im übrigen sind irgendwelche Anzeichen von Geisteskrankheit bei Pohl weder früher noch jetzt festgestellt worden. Im Untersuchungsgefängnis äusserte der Nazi=Wachtmeister, dass er die Tat nicht bereue und dass er die Absicht gehabt habe, den "Juden Lassally" zu ermorden.

+ + +

27 Häuser verbrannt. Durch Grossfeuer wurden in dem Dorfe Przistalowice=Kieloe (Polnisch=Oberschlesien) 27 Wohnhäuser und 21 Wirtschaftsgebäude eingeäschert. Dreizehn Personen erlitten schwere Verletzungen. Die Ursache des Feuers wurde nicht ermittelt.

+ + +

Mord um Milch. In Berg in Böhmen ermordeten zwei Brüder einen Privatmann, weil er ihnen ungerechtfertigterweise wiederholt vorgeworfen hatte, von ihnen mit verwässelter Milch beliefert worden zu sein. Der Vorwurf, hatte die Wut der Brüder im Laufe der Zeit bis zur Raserei gesteigert.

+ + +

Junge Mädchen verschwunden. In drei Dörfern im Kreise Lauenburg (Pommern) herrscht Beunruhigung wegen des rätselhaften Verschwindens von drei jungen Mädchen. In Schesslin vermisst man seit einem Monat die 16jährige Anna Guste, in Neuendorf ebenso lange die 16 Jahre alte Irmgard Pieper und in Bockowin seit 8. April die Tochter des Landwirts Fletig. Von den Verschwundenen fehlt jede Spur.

+ + +

Autokatastrophe: zwei Tote. Ein mit sieben Personen besetztes Auto kam auf der Landstrasse Cuxhaven=Wesermünde ins Schleudern und überschlug sich. Zwei Insassen wurden tödlich, die anderen leicht verletzt.

+ + +

Festgenommene Schmuggler. Eine dänische Schmugglerbande wurde in Apenrade verhaftet. Die Festgenommenen hatten frische Schweinezungen und Hummern in Lebertranfässer versteckt und auf diese Weise nach Deutschland geschmuggelt. Im ganzen dürfte das Deutsche Reich um etwa 200 000 Mark Zoll geschädigt worden sein.

+ + +

Betrügerischer Notar. Vom Staatsanwalt beim Landgericht I in Berlin wurde gegen den Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Walter Haver, sowie gegen weitere fünf Personen ein Verfahren eingeleitet. Haver und seine Komplizen werden des Diebstahls, der Amtsunterschlagung, der Untreue, des Betruges und der Urkundenfälschung beschuldigt. Die Angeschuldigten sollen die Reichsschuldenverwaltung um 195 000 bis 200 000 Mark geschädigt haben. Da die erbeuteten Gelder sofort weiter verausgabt worden waren, wird die Reichsschuldenverwaltung kaum die Möglichkeit haben, ihre Verluste decken zu können.

+ + +

Unwetterkatastrophe. In Anatolien wütet seit Donnerstag ein furchtbares Unwetter. 46 Dörfer stehen unter Wasser. Euphrat und Dschihan sind über ihre Ufer getreten.

+ + +

Ermordeter Unterweltführer. In einem Unterweltsrestaurant in New York-Brooklyn wurde der bekannte Unterweltführer Masseria, nach Al Capone der gefürchtete Verbrecher von USA. ermordet. Masseria stand an der Spitze der New Yorker sizilianischen Mafia.

Gewerkschaftliche Bündschau ✘

Die Gewerkschaften in Spanien.

SPD. Am Sturz der Monarchie in Spanien hat die Arbeiterbewegung keinen geringen Anteil. Das hat seinen guten Grund; denn die spanische Arbeiterschaft hat am meisten unter der politischen und wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes zu leiden. Sie ist an einem Wandel der Dinge am stärksten interessiert. Arbeitslosigkeit, Teuerung, fürchterlicher Steuerdruck und ein unsagbares Lohnelend haben das Proletariat förmlich zum Kampf gegen das alte Regime gezwungen und mobilisiert. Die Gewerkschaftsführer haben daher im Verlauf der politischen Kämpfe wiederholt ganz offen erklärt, dass ein Sturz der Dynastie unvermeidlich sei. Nur eine politische Neuorganisation des Landes bot Chancen für eine Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse.

Die Dynastie hatte abgewirtschaftet. Trotz fürchterlichen Steuerdrucks war die öffentliche Schuld unheimlich angewachsen. Die Valuta hatte sich bedenklich verschlechtert. Die spanische Industrie war von einer anscheinend unheilbaren Krise heimgesucht und in der Landwirtschaft war die Lage infolge feudal-unsozialer Besitzverhältnisse unhaltbar geworden. Auch eine produktivere Gestaltung der Landwirtschaft war nur möglich durch eine Neuordnung im landwirtschaftlichen Besitz und Betrieb. Auf die 600 Eigentümer der höchsten Klasse (über 3000 Hektar) entfielen 3,4 Millionen Hektar gegenüber nur 0,3 Millionen Hektar, in die sich die rund 500 000 Eigentümer der untersten Besitzklasse (unter 1 Hektar) teilten. Die Latifundien, die im Süden fast halbe Provinzen einnehmen, werden aber nur sehr extensiv bewirtschaftet. Die Klein- und Zwergbetriebe des Nordwestens, vor allem Galiciens, sind aus Mangel an Betriebsmittel erst recht rückständig. Die Armut der Landarbeiter ist chronisch. Die Auswanderung rekrutiert sich in erster Linie aus dem Landproletariat, aus Landarbeitern, Kleinpächtern und Kleinbauern.

Die Industrie ist in Spanien, einem ausgesprochenen Agrarland, bis jetzt noch verhältnismässig schwach entwickelt. Sie hat ihren Sitz hauptsächlich im Norden, in und um Barcelona, wo Textilgewerbe, Chemie und Maschinenindustrie zu Hause sind, im Kohlengebiet von Asturien und in den baskischen Provinzen, wo Schwerindustrie und Schiffbau ansässig sind. Von der gesamten spanischen Industriearbeiterschaft entfällt mehr als ein Viertel allein auf Katalonien, und die dort hauptsächlich ansässige Textilindustrie steht mit knapp einem Viertel aller Beschäftigten an der Spitze der spanischen Industrie. Nach der Arbeiterzahl folgt der Textilindustrie das Baugewerbe (13,5%), die Metallindustrie (10,8%), die Nahrungsmittel-Industrie (10,1%) und der Bergbau einschliesslich der Werften (8,2%).

Die gewerkschaftliche Organisationsarbeit hat in Spanien mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen. Das Haupthindernis liegt, wenn man von den wirtschaftlichen Hemmungen und Hindernissen absieht, in dem grossen Analphabetentum. Noch 1910 konnten 60% der Bevölkerung weder lesen noch schreiben. An diesem Verhältnis hat sich bis heute nicht viel geändert. Die Auswanderung, vor allem nach dem lateinischen Amerika, raubt der Arbeiterbewegung immer wieder die aktivsten Elemente. Angesichts der zahllosen und enormen Schwierigkeiten hat sich die "Union General de Trabajadores", der spanische freie Gewerkschaftsbund, seit der Gründung im Jahre 1889 gut entwickelt. Die spanische Gewerkschaftsbewegung gehört zu den hoffnungsreichsten Gliedern des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Obwohl die Union in ihrer Mitgliederzahl nur etwa 1% der

Bevölkerung - etwa 225 000 - ausmacht, übt sie im öffentlichen Leben beachtenswerten Einfluss aus. Sie vertritt die Arbeiterschaft im Nationalen Arbeitsrat sowie in dem Zentralausschuss für die Einsetzung von gemischten gewerblichen Schlichtungsinstanzen. Zwischen dem Gewerkschaftsbund und der sozialistischen Partei bestehen seit jeher enge Beziehungen, wenn auch seit 1902 die Zugehörigkeit zum Bund nicht mehr zugleich die Parteimitgliedschaft bedeutet. Lange Zeit war das Parteiblatt "El Socialista" auch das offizielle Gewerkschaftsorgan. Neuerdings gibt die Union eine eigene Monatsschrift "Boletin" heraus. Die spanische Bewegung ruht auf sehr loser föderativer Grundlage. Ihre organisatorische Hauptaufgabe besteht in der Konzentration zu nationalen Berufs- oder Industrieverbänden. Auf dem spanischen Gewerkschaftskongress von 1928 war eine Vorlage angenommen worden, die die Gründung von 34 Industrieföderationen vorsieht, die sich aus regionalen, provinziellen, bezirklichen oder örtlichen Fach- oder Industrie-sektionen zusammensetzen sollen. Vor etwa Jahresfrist haben verschiedene Konferenzen stattgefunden, die zur Gründung von 5 weiteren Landesföderationen führten. 13 bestanden bereits. Die wichtigsten sind die der Bauarbeiter mit 35 000, der Landarbeiter mit rund 27 000, der Bergarbeiter mit 25 000, der Metallarbeiter mit 14 000 und der Eisenbahner mit 12 000 Mitgliedern. Dazu kommen noch die Föderationen der Holzarbeiter, Frisöre, Hafendarbeiter und Seeleute.

Die Kinderkrankheit der spanischen Gewerkschaftsbewegung war der Anarcho-syndikalismus. Während des Krieges erlebte der Syndikalismus vorübergehend einen neuen Aufschwung. Die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften ging damals von 147 129 auf 89 601 um die Mitte des Jahres 1918 zurück. Mit dem Abflauen der Kriegskonjunktur verschwanden auch die syndikalistischen "Einheitsverbände". Ihr einziger Erfolg bestand darin, dass sie die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Entwicklung zurückgeworfen hatte. In jüngster Zeit ist die anarcho-syndikalistische Confederation National del Trabajo" unter kommunistischen Einfluss geraten und dazu übergegangen, ähnlich wie in anderen Ländern in den "reformistischen", d.h. freien Gewerkschaften Zellen zu bauen, um auf diese Weise innerhalb der Verbände wühlen zu können.

Moskau wird sich kaum die Gelegenheit entgehen lassen, um mit Hilfe von besonderen Sendboten nach berüchtigtem Muster auch in Spanien die Revolution "weiter zu treiben". Die freie Gewerkschaftsbewegung in Spanien wird sehr auf der Hut sein müssen. Sie steht wie die Gewerkschaften nach dem Kriege in Deutschland zwischen zwei Feuern: zwischen bolschewistischer Schwarmgeisterei und bürgerlicher Demokratie, hinter deren Republikanismus oft nur sozialreaktionäres Spiessertum steckt. Auch die spanische Gewerkschaftsbewegung wird zunächst nichts anderes tun können, als mitzuarbeiten bei dem Versuch, der wirtschaftlichen Kraftentfaltung des Landes einen neuen Weg zu bahnen und damit die Massennot der Arbeitslosigkeit einzudämmen, damit nach einer gewissen wirtschaftlichen Stabilisierung der Kampf gegen das unerhörte Lohnelend aufgenommen werden kann. Aus den vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlichten Reallohnvergleichen ist ersichtlich, dass in Spanien mit die niedrigsten Löhne (sowohl nach dem Geldwert wie nach der Kaufkraft) gezahlt werden. Arbeitslosenunterstützung existiert praktisch so gut wie gar nicht, obwohl sehr umfangreiche Arbeiterentlassungen nicht nur in der Industrie sondern auch in der Landwirtschaft erfolgt sind. Der spanische Gewerkschaftsbund hat also, wie man sieht, eine mehr als schwierige Aufgabe zu meistern.

SPD. Die im Zentralverband der Angestellten organisierten Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten hielten dieser Tage in Leipzig eine Reichskonferenz ab, in der die wichtigsten gewerkschaftlichen Fragen der Anwaltsangestelltenbewegung besprochen wurden. Die aus allen Teilen des Reiches erschienenen Vertreter forderten einmütig, dass die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeitvorschriften in den Büros der Anwälte schärfer überwacht werden. Der Bericht über den organisatorischen Stand ist ermutigend. Auch unter den Anwalts- und Notariatsangestellten verbreitet sich immer mehr die Erkenntnis, dass in dem Kampf gegen ihre unsozialen Arbeitgeber der ZdA die stärkste und erfolgreichste Organisation ist. Trotz der reaktionären Haltung der Anwälte ist es, wie aus dem Geschäftsbericht hervorging, gelungen, zahlreiche örtliche Tarifbewegungen mit Erfolg zu führen. Die Magdeburger und die Dresdner Anwälte haben gegen den ZdA Klage auf Nichtigkeitserklärung der ergangenen Tarifschiedssprüche eingereicht. Sie muss demnächst vom Reichsarbeitsgericht entschieden werden. Die Anwälte stützen ihre ununterbrochenen Angriffe gegen die Tarifverträge auf die Behauptung, sie seien nicht Arbeitgeber, ihre Büros seien nicht Betriebe und die mit ihren Angestellten abgeschlossenen Verträge seien keine Arbeitsverträge.

Wenn die Anwälte ihre Forderung auf Zulassung zu den Arbeitsgerichten erneuern, muss man sie an diese Prozesse erinnern.

SPD. Die nordfranzösischen Textilunternehmer wollen die Löhne um 10% kürzen und zwar bereits vom 20. April ab. Die Textilarbeitergewerkschaften haben dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, dass sie jede Lohnsenkung ablehnen, da infolge der hohen Lebensmittelpreise eine Kürzung für die Arbeiter untragbar sei. Für Sonnabend und Sonntag sind Versammlungen der Textilarbeiter einberufen, in denen zur Lage Stellung genommen werden soll.

SPD. Die Verhandlungen über die Lohnregelung für das sächsische Baugewerbe sind zum zweiten Mal ergebnislos abgebrochen worden. Verschiedene Vorschläge, die sich um den in Berlin für Sachsen gefällten Schiedsspruch gruppierten, standen zur Verhandlung; keiner von ihnen wurde jedoch von den Parteien angenommen. Ein neuer Verhandlungstermin ist nicht angesetzt. Die Kampfplage im sächsischen Baugewerbe hat dadurch eine bedrohliche Verschärfung erfahren.

SPD. Seit Wochen hängt über Dänemark wie eine drohende Gewitterwolke die Gefahr einer Riesenaussperrung. Kommt es zu dieser Aussperrung, dann wäre das gleichbedeutend mit einer Stilllegung fast der gesamten dänischen Industrie. Es ist klar, dass angesichts einer solchen Perspektive kein Versuch unterbleibt, um, wenn irgendmöglich, eine Katastrophe zu vermeiden. Der staatliche Schlichter hat die Gewerkschaften ersucht, noch einmal die Lage zu überprüfen. Daraufhin nahm eine Generalversammlung der Vereinigten Gewerkschaften zur Situation Stellung. Sie beschloss mit überwältigender Mehrheit, d. h. mit 191 395 Stimmen gegen 46 554, die Verbände, die zunächst den Vergleichsvorschlag des Schlichters verworfen hatten, aufzufordern, noch einmal eine Abstimmung vorzunehmen. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Gesamtlage sprach sich die Generalversammlung für eine Annahme des Schlichtervorschlags aus.

Wie das Endergebnis der Abstimmung aussehen wird, ist im Augenblick schwer zu erraten. Immerhin beurteilt man nunmehr die Aussichten für eine friedliche Lösung des Konflikts optimistischer, da die Leitung des grössten der interessierten Verbände, nämlich des Dänischen Schmiede- und Maschinen-

arbeitervverbandes, mit viel Energie und guten Gründen den Vorschlag des Schlichters zur Annahme empfiehlt.

Wie sieht der Schlichtungsvorschlag aus? Er bedeutet keineswegs eine Erfüllung der Wünsche der Arbeitgeber, die eine Kürzung der Löhne um 10 bis 20% gefordert hatten. Er schlägt vielmehr vor, dass die höchsten Löhne für die gelernten Metallarbeiter um 8% gekürzt werden, während andererseits eine Woche Ferien pro Jahr mit Löhnung entsprechend den Forderungen der Arbeiter eingeführt werden soll. Für die niedrigeren Lohnklassen sind Kürzungen von 2 bis 6% vorgesehen; die niedrigsten Löhne sollen keine Kürzung erfahren, dagegen sollen für alle Arbeiter Sommerferien zur Einführung kommen.

Wenn die Gewerkschaftsführer in Berücksichtigung aller in dem grossen Tarifkonflikt mitsprechenden Umstände zu der Auffassung kamen, dass der Schiedspruch zur Annahme empfohlen werden könne, dann nicht zuletzt unter dem Druck der Tatsache, dass das Preisniveau in Dänemark, seitdem die letzten Tarifverträge abgeschlossen wurden, in der Tat um 8% gefallen ist, und dass bedeutende Lohnkürzungen gerade in den europäischen Industrieländern durchgeführt worden sind, wo die Arbeitslöhne schon vorher niedriger lagen als in Dänemark. So lagen nach der Arbeitslohnstatistik des Internationalen Arbeitsamtes die dänische Löhne im Juli 1930 in der Eisenindustrie erheblich höher als in Schweden und in Deutschland. In Reichsmark umgerechnet betrug der durchschnittliche Stundenlohn im Juli 1930 nach der erwähnten Statistik für Kleinschmiede und Dreher in der Eisenindustrie 1,88 Mark in Dänemark, 1,72 in Schweden und 1,29 in Deutschland; für Former 2,14 in Dänemark, 1,95 in Schweden und 1,29 in Deutschland; für ungelernete Arbeiter der Metallindustrie 1,48 in Dänemark, 1,43 in Schweden und 0,84 in Deutschland.

+ + +

Das schlechte deutsche Lohnabbaubeispiel hat, wie man sieht, im Ausland immer verhängnisvolle Formen. Auch in dem grossen Arbeitskonflikt, der zur Zeit Norwegen heimsucht, beruft man sich auf den in Deutschland durchgeführten Lohnabbau, und in England ist jetzt die grosse Spitzenorganisation des Unternehmertums ebenfalls in die internationale Front der Lohnkürzungskampagne eingeschwenkt. Ueberall wird jetzt auf Unternehmerseite der gleiche Ton angeschlagen: Kürzung des Lohns, Verschlechterung der Sozialversicherung und Abbau der Arbeitslosenunterstützung.

Der Effekt des deutschen Lohnabbaus ist, soweit die internationale Konkurrenz in Frage kommt, heute bereits so gut wie erledigt. Das deutsche Unternehmertum kann sich nur rühmen, mit dem schlechten Beispiel vorangegangen zu sein und dadurch den deutschen Arbeiter auf die Stufe des Kulis heruntergedrückt zu haben, obwohl es die Spatzen von den Dächern pfeifen, dass Deutschland international nur durch Qualitätsarbeit, d.h. mit einem Arbeiter bestehen kann, der nicht im Kampf um die nackte Existenz seine Nervenkraft völlig aufreibt.

SPD. Die von der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung zusammen mit den Ländern und Gemeinden eingeführten Lehrkurse für jugendliche Arbeitslose hatten in den Monaten Januar bis Ende März rund 80 000 Teilnehmer - darunter etwa 68 000 junge Arbeiter - aufzuweisen. Die Kurse werden auch im neuen Haushaltsjahr fortgeführt.

SPD. Frankreich hat nach einer vom Geschäftsführer der französischen Industriellenvereinigung verfassten Denkschrift heute rund 1 Million Kurzarbeiter, Die Zahl der Arbeitslosen wird in der Denkschrift auf etwa 1/2 Million geschätzt.

Wirtschaft Technik Handel

Umstellung in der Glasindustrie.

(Starke Leistungssteigerungen pro Kopf. - Die Lohnquote ist gesunken).

SPD. Die Untersuchungen des Enqueteausschuss über die deutsche Glasindustrie geben das Bild einer äusserst arbeitsintensiven Industrie. In dem Produktionswert dieser Industrie in Höhe von etwa 430 Millionen stecken 300 Millionen Veredelungswert. Auf die Löhne entfallen 45 % des Produktionswertes. Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich der Produktionswert bis zum Jahre 1928 etwa um 55 % gesteigert. Der mengenmässigen Entwicklung nach hat sich die Tafelglasindustrie auf etwa demselben Stand gehalten; die Spiegelglasindustrie zeigt eine stark aufsteigende, die Hohlglasindustrie eine schwach aufsteigende und die Flaschenindustrie eine rückläufige Bewegung. Der Export wird für 1929 mit 165 Millionen angegeben gegenüber 110 Millionen 1913. Der Anteil der deutschen Glasindustrie an der Gesamtausfuhr der 7 grössten Exportstaaten ist allerdings von 30 % vor dem Krieg auf 23 % gesunken. Rund 65 % der Glasausfuhr gehen, wie vor dem Krieg, nach Europa.

Die Industrie, die vorzugsweise noch über den Grosshandel absetzt, ist stark kartelliert. Der französische ST. Gobainkonzern beherrscht mit dem belgischen ST. Rockkonzern fast die gesamte deutsche Spiegelglasindustrie mit Ausnahme von zwei bayerischen Hütten. In der Tafelglasindustrie kontrolliert der belgische Libbey-Owenskonzern 1/3 der Gesamtproduktion. In der Flaschenglasindustrie sind die Gerresheimer Glashüttenwerke und die A.G. für Glasindustrie vorm. Friedrich Siemens mit 60 % der Leistungsfähigkeit ausschlaggebend. Es scheint so, als ob in letzter Zeit die grossen deutschen Trusts Anschluss an die Glasindustrie suchten.

In den Rationalisierungserörterungen hat die Glasindustrie von jeher eine grosse Rolle gespielt und trotzdem hat diese Industrie bei weitem nicht so scharf rationalisiert bzw. mechanisiert wie andere Wirtschaftszweige. Dagegen ist es nach dem Krieg in der Glasindustrie zur Anwendung neuer Verfahren gekommen, die weite Zweige der Industrie von Grund auf revolutionierten. In Frage kommt hier u.a. die Feuerungstechnik. Hier dürfte in Zukunft das Ferngas von Bedeutung werden. Die Untersuchung stellt fest, dass die Ruhrgas A.G. von den Gerresheimer Glashüttenwerken einen Preis von 2½ bis 3 Pfennigen pro Kubikmeter forderte gegenüber 7 Pfennigen für städtisches Gas, - dass sich bei diesem Preis für die Beheizung der Wannen zu teuer stellt. Die technische Phantasie ist in den letzten Jahren, soweit die Glasindustrie in Frage kommt, immer wieder von einer Maschine, der sogenannten Owensmaschine, beschäftigt worden, die die eingeschmolzenen Massen selbständig aus der Wanne zieht und das konsumfertige Produkt hinauswirft, während früher der gelernte Arbeiter in mühsamen Verfahren Flaschen- und Tafelglas mit dem Mund geblasen hat. Die Owensmaschine bewältigt heute 60 % der deutschen Flaschenproduktion. In der Tafelglasindustrie hat das Ziehverfahren das alte Mundblaseverfahren beinahe vollständig verdrängt. Im Jahre 1925 entfielen bei einer Erzeugung von 19 Millionen qm noch 16,59 Millionen qm auf mundgeblasenes Glas, im Jahre 1929 von einer Gesamtproduktion in Höhe von 23 Millionen qm dagegen nur noch 2,1 Millionen. Neuerdings hat auch in der Herstellung von Spiegelglas durch Erfindung eines kontinuierlichen Schleifverfahrens und durch Verbesserung des Giessprozesses eine starke Rationalisierung der Arbeitsvorgänge eingesetzt.

Dagegen ist die Hohlglasindustrie, die äusserst viel Muster liefert und sehr stark zersplittert ist, von der Mechanisierung so gut wie verschont geblieben. Machen wir uns die Auswirkung der Maschine auf die deutsche Glasindustrie einmal klar: In der Tafelglasindustrie z.B. hat sich die Gesamtproduktion von 11,36 Millionen qm im Jahre 1924 auf 23 Millionen qm im Jahre 1929 erhöht. Die Belegschaften verringerten sich von 8015 Köpfen im Jahre 1924 auf 4235 Köpfe im Jahre 1929, d.h. pro Kopf leistete ein Arbeiter in der Tafelglasindustrie im Monatsdurchschnitt 1913 = 228 qm, im Dezember 1929 dagegen 540 qm. Es handelt sich also um fast phantastische Leistungssteigerungen pro Kopf.

So erklärt es sich, dass bei einer Steigerung des Produktionswertes um 55 % gegenüber der Vorkriegszeit - die in der deutschen Glasindustrie beschäftigte Arbeiterschaft - nicht erfasst ist dabei ein Teil der Thüringer Glasapparatfabriken usw. - 1913 = 91 842 betrug, 1923 = 75 000, 1925 = 97 911 und 1929 = 96 621. Die Zahl der Betriebe erhöhte sich von 1119 im Jahre 1913 und 1465 im Jahre 1925 auf 1546 im Jahre 1929. Das Schwergewicht liegt bei den Betrieben mit 50 bis 200 Beschäftigten. Die Mechanisierung hat natürlich die Tendenz zum Grossbetrieb verstärkt. Die Dinge liegen in der Glasindustrie so, dass die glaserzeugenden Betriebe abnehmen, während die Verarbeitungsbetriebe zunehmen. Die Rationalisierung ermöglicht auch eine stärkere Verwendung von Frauenarbeit. So waren 1907 = 14,4 % aller Beschäftigten weiblich, 1925 dagegen schon 17,8 %. Die Mechanisierung in der Flaschenindustrie, die oft angeführt wird, dürfte in den von der Enquete erfassten Nachkriegsjahren nur wenig Arbeiter freigesetzt haben, während durch die erst nach 1925 erfolgte Umstellung in der Tafelglasindustrie etwa 3 000 Arbeiter aus dieser Industrie ausscheiden mussten. Die Untersuchungen für die Hohlglasindustrie ergeben kein sicheres Bild. Nach der Statistik des Keramischen Bundes waren von den in der Glasindustrie beschäftigten Verbandsmitgliedern im Jahre 1925 = 3,5 %, 1926, dem grossen Krisenjahr, 17,2 %, 1927 = 8,3 %, 1928 = 9,1 und 1929, wo die gegenwärtige Krise einsetzte, 11,8 % arbeitslos. Nach der allgemeinen Export- und Konjunkturentwicklung dürfte die gesteigerte Zahl der Arbeitslosen in den Jahren von 1927 bis 1929 auf die Auswirkungen der Rationalisierung zurückzuführen sein. Der Jahresverdienst je Arbeiter in der Glasindustrie wird für das Jahr 1913 mit 1085 Mark angegeben. Er steigerte sich bis zum Jahre 1928 auf 1745 Mark. Die Steigerung bleibt hinter der Steigerung der Pro-Kopf-Leistung zurück. Für den Anteil der Löhne am Produktwert wird eine Steigerung von 32,2 % im Jahre 1913 bis 36,6 % im Jahre 1928 ausgerechnet. Die nach der Inflation eingetretenen Lohnsteigerungen sind, wie die Enquete ausdrücklich bemerkt, zum grössten Teil ausgeglichen. Der Lohnanteil ist nur in der Hohlglasindustrie gestiegen, während in den übrigen Zweigen der technische Fortschritt teilweise zu einer Senkung der Lohnquote geführt hat. Wie in anderen Industrien ergibt sich eine starke Verbilligung der menschlichen Arbeitskraft.

Die Arbeit in den Glasbetrieben gehört mit zu den ungesundesten. Herzleiden infolge der grossen Hitze, Magenleiden infolge des Genusses kalter Getränke während der Arbeit in den heissen Räumen und Lungenleiden, die sich aus dem Blasprozess ergeben, räumen unter den Glasarbeitern auf. Nach der Statistik des Zentralverbandes der Glasarbeiter im Jahre 1913 starben 78 % aller Mitglieder des Verbandes im Alter bis zu 50 Jahren. Es ist gelungen, diesen Prozentsatz bis zum Jahre 1925 auf 53 % zu drücken. Ohne Zweifel ist das eine Begleiterscheinung des Ueberganges zum maschinellen Verfahren, aber, so wurde vor der Enquete von allen Vernommenen bezeugt, eine Folge davon, dass sich die Gesundheitsverhältnisse in den Glashütten in technischer und hygienischer Hinsicht während der letzten Jahre wesentlich verbessert haben. Vor allem spielt hier die allgemeine Einführung des Achtstundentages eine Rolle. Dass der Glasarbeiter das erreichen konnte, ist Verdienst einer zähen jahrelangen Gewerkschaftsarbeit. Das muss auch im Rahmen einer Betrachtung der deutschen Glasindustrie festgestellt werden.

SPD. Die Bank für deutsche Industrie-Obligationen legt den Schlussbericht für die Zeit von Mitte 1930 bis Ende 1930 vor, für die sie einen Ueberschuss von 8,5 Millionen nachweist. Daraus wird eine Dividende von 4 % gezahlt (im Vorjahr 6%). Die Dividendenzahlung erfordert 300 000 Mark. Der Rest wird dem Reservefond zugeführt bzw. auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Bank für deutsche Industrie-Obligationen (Industriebank) wurde im Zusammenhang mit dem Dawesplan und mit dem Zweck gegründet, die Belastung der deutschen Wirtschaft für Reparationszahlungen (Aufbringungssteuer) durchzuführen. Mit dem Youngplan ist die deutsche Industrie aus dieser Haftung entlassen worden. Damit war der Zweck der Bank erfüllt und man hätte zur Auflösung schreiten können. Dazu ist es nicht gekommen. Die Industrie erklärt sich bereit die Aufbringungssteuer weiter zu zahlen und Mittel für die Sanierung des deutschen Ostens und der deutschen Landwirtschaft (Ostprogramm) zur Verfügung zu stellen. Auch das war schliesslich kein Grund, die Industriebank zu einem Realkreditinstitut umzuwandeln. Schliesslich ist die Industrieumlage eine Steuer und es ist auf jeden Fall neu, dass man dem Steuerzahler das Recht gibt, über die Verwendung dieser Steuer zu bestimmen und diese Verwendung gewissermassen durch ein Bankinstitut zu kontrollieren. Die Industrie wusste aber ihre Wünsche durchzusetzen und so wird die Industriebank zu einem Realkreditinstitut, wodurch die Uebersetzung auf dem Gebiet des Kreditwesens noch weiter getrieben wird.

Mit der Umwandlung der Industriebank zu einer Realkreditbank sind wichtige Veränderungen in der Bilanz verbunden. Die Bank arbeitete bisher mit einem Kapital von 10 Millionen Mark. Davon waren 7,5 Millionen eingezahlt. Sie wird in Zukunft ein Kapital von 50 Millionen haben. Hier interessiert die Aufbringung dieses Kapitals. Dafür steht das Aufbringungsleistungskonto in Höhe von 21,8 Millionen zur Verfügung. Nachdem die restlichen 2,5 Millionen des Aktienkapitals eingezahlt sind, werden dem Ausgleichs- und Sicherungsrücklagekonto, das 27,5 Millionen beträgt, 11,5 Millionen entnommen. So erhält die neue Bank ein Aktienkapital von 50 Millionen und eine ausgewiesene Reserve von rund 23 Millionen Mark.

SPD. In der am Donnerstag stattgefundenen Generalversammlung des Norddeutschen Lloyd gab die Verwaltung bekannt, dass sich die beiden verbündeten Schiffsgesellschaften, der Norddeutsche Lloyd und die Hapag, entschlossen hätten, 4 Schiffe in Bau zu geben. Bei der Veröffentlichung der letzten Bilanzen nahm man an, dass sowohl der Lloyd als auch die Hapag auf Bauvorhaben für das laufende Jahr verzichten würden. Wahrscheinlich hat sich die aus der Krise ergebende Gelegenheit, billig zu bauen, zu dem obenerwähnten Entschluss geführt. Bei den Bauaufträgen handelt es sich um kombinierte Fracht- und Passagierdampfer für Spezialzwecke. Die Aufträge werden den Werften an der Waserserseite einen Arbeitszuwachs bringen, den sie gut gebrauchen können.

Ueber die Konjunkturaussichten wurde in der Generalversammlung des Lloyd gesagt, dass einstweilen Anzeichen für einen Tendenzumschwung fehlten, jedoch teile man den Optimismus aller Wirtschaftskreise, wonach der Tiefstand der Weltwirtschaftskrise überwunden sei. Die Hapag wies darauf hin, dass eine Frühjahrsbesserung eingesetzt habe.

SPD. Das Institut für Konjunkturforschung macht interessante Angaben über den Aussenhandel zwischen Deutschland und Oesterreich. Der Anteil Deutschlands an der österreichischen Ausfuhr betrug 1930 = 17,6 % gegenüber 11,6 % im Depressionsjahr 1926 und 15,1 % im Hochkonjunkturjahr 1925. Der Anteil Deutschlands an der österreichischen Einfuhr hat sich seit dem Tiefstand 1924 von Jahr zu Jahr erhöht; er betrug im Jahre 1930 21,3 % gegenüber rund 15 % im Jahre 1924.

Ausschlaggebende Bedeutung hat der deutsche Markt für die Ausfuhr der österreichischen Rindviehzucht, des Buchgewerbes und des Kraftfahrzeugbaus. Sehr hoch ist auch der Anteil Deutschlands an der österreichischen Ausfuhr von Holz, Lederwaren, Metallen, Erzeugnissen der eisen- und metallverarbeitenden Industrien sowie einer Reihe von Textilwaren. Einige andere wichtige Ausfuhrwaren Oesterreichs, vor allem Papier und Papierwaren, Seide und Seidenwaren, Baumwollwaren und Maschinen werden nur in geringen Mengen in Deutschland abgesetzt.

Auf dem deutschen Markt stehen die österreichischen Waren in schwerem Wettbewerb mit den Erzeugnissen anderer Länder. Insgesamt liefert Oesterreich nur 1,5 % der deutschen Gesamteinfuhr, von der Fertigwareneinfuhr freilich 4,5 %. Dabei haben aber einige österreichische Industriezweige einen sehr viel höheren Anteil an der Befriedigung des deutschen Einfuhrbedarfs (Buchgewerbe, Konfektion, Metallindustrie, elektrische Industrie, Automobilbau):

Oesterreich nahm im Durchschnitt der letzten Jahre rund 3,3 % der deutschen Gesamtausfuhr auf. Allerdings weist die deutsche Statistik für die Ausfuhr nach Oesterreich grössere Posten auf als die österreichische Statistik für die Einfuhr aus Deutschland. Das mag darauf zurückzuführen sein, dass ein Teil der von Deutschland als Ausfuhr nach Oesterreich ausgewiesenen Waren durch Vermittlung des österreichischen Handels nach dem Balkan weitergeleitet wird, in Oesterreich also nur als Durchfuhr erscheint. Deutschlands Anteil an der österreichischen Einfuhr betrug durchschnittlich etwa 10 %. Von dem grossen Zuschussbedarf an Nahrungsmitteln liefert Deutschland fast gar nichts; selbst Zucker wird fast ausschliesslich aus der Tschechoslowakei bezogen. Den hohen Brennstoffbedarf Oesterreichs befriedigt Deutschland nur zu einem kleinen Teil.

Grösseren Anteil hat Deutschland an der Belieferung Oesterreichs mit industriellen Fertigwaren: Ueber ein Drittel der österreichischen Fertigwareneinfuhr stammt aus Deutschland. Erzeugnisse der deutschen Industrie sind entscheidend an der Einfuhr von Maschinen, Metallwaren, Chemikalien, Leder- und Papierwaren beteiligt. Bei anderen Waren wird Deutschland dagegen von seinen Konkurrenten, vor allem von der Tschechoslowakei, bei weitem übertroffen. Dies gilt vor allem für die meisten Textil- und Konfektionswaren sowie für Glas- und Tonwaren; auch auf dem Eisenwarenmarkt ist die Stellung der Tschechoslowakei sehr stark.

SPD. Nach den Ergebnissen der Reichsfinanzstatistik betrug die Verschuldung der deutschen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern Ende Dezember 1930 = 9 210,5 Millionen Mark gegenüber 9 035,4 Millionen Ende September 1930 und 8818,7 Millionen Ende Juni 1930. Die Zunahme hat sich verlangsamt. Sie machte im zweiten Vierteljahr 1930 noch 331,1 Millionen aus, im dritten Vierteljahr 216,7 und im 4. Vierteljahr 175,1 Millionen.

Roggenmehl gefragt.

(Berliner Getreidebörse vom 16. April.)

SPD. Nach den Preissteigerungen der letzten Tage war die Tendenz an der Berliner Produktenbörse am Donnerstag stetig. Die letzten Notierungen blieben voll behauptet. Am Markte der Zeitgeschäfte wurden sogar bei allerdings sehr ruhigem Geschäft teilweise noch weiter kleine Preisgewinne erzielt. In promptem Brotgetreide hat sich die Verkaufsneigung, wenigstens bei der zweiten Hand, leicht gebessert. Es stand etwas mehr Material an Weizen und Roggen zur Verfügung, das zu vollem Preise glatte Aufnahme fand. Die rege Nachfrage nach Roggenmehl, besonders 70 %igem, hielt weiter an und konnte nicht immer voll gedeckt werden. Das Weizenmehlgeschäft stagnierte weiter. Hafer hatte ständige Tendenz, jedoch hält es schwer, die Forderungen der Eigner durchzusetzen.

	<u>15. April</u>	<u>16. April</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	290 - 292	290 - 292
Roggen	193 - 195	193 - 195
Braugerste	241 - 250	241 - 250
Futter- und Industrierogerste	224 - 240	224 - 240
Hafer	180 - 184	181 - 185
Weizenmehl	34,75 - 40,50	34,75 - 40,50
Roggenmehl	27,75 - 29,75	27,75 - 29,75
Weizenkleie	13,00 - 13,25	13,00 - 13,25
Roggenkleie	13,25 - 13,50	13,40 - 13,70.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai $306\frac{1}{2}$ -305 (Vortag: $306\frac{1}{4}$) Juli $300\frac{1}{2}$ -300 Brief ($300\frac{1}{2}$), September $254\frac{1}{4}$ - $253\frac{3}{4}$ ($254\frac{1}{2}$), Roggen Mai $208\frac{1}{4}$ - $206\frac{1}{2}$ (207), Juli 201 -200 Brief ($202\frac{1}{4}$), September 189 plus Brief (189). Hafer Mai $194\frac{1}{2}$ - 192 ($193\frac{3}{4}$), Juli $200\frac{3}{4}$ -200 ($200\frac{1}{4}$), September $178\frac{1}{2}$. (180).

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 17. bis 24. April: für A=Milch 17,1 Pfennige, für B=Milch 10,6 Pfennige, für tiefgekühlte Milch 17,6 Pfennige, für molkereimässig bearbeitete Milch 18,85 Pfennige. Die A=Milchmenge ist auf 90 % des A=Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 16. April: I. 125 Mark (letzte Notierung 128 Mark), II. 117 Mark (120 M) III. 103 Mark (106 Mark) je Zentner. Tendenz: flau.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E F L A G E D E S S P D

Nr. 29.

Berlin, den 16. April 1931.

Frauen, marschiert mit!^x

SPD. Als im Jahre 1910 zum ersten Male sozialistische Frauen aus allen Ländern der Welt sich zu gemeinsamen Beratungen in Kopenhagen zusammenfanden, da wurden die Forderungen nach Völkerverständigung und Frieden, nach ausreichendem Schutz für Mutter und Kind als Kampfziele aufgestellt. Zugleich wurde auch das alte Verlangen nach politischer Gleichberechtigung erhoben. Die Frauen konnten ihre aus der Zeit geborenen Ziele nicht der Verwirklichung näher bringen, solange sie jeder politischen Wirkungsmöglichkeit und jedes politischen Einflusses beraubt waren. In Deutschland hat die Revolution von 1918 den Frauen politische Rechte gegeben. Neue Rechte bedingungen neue Pflichten! Viele unsrer Mitschwestern haben die neuen und grossen Verpflichtungen noch nicht im vollen Masse erkannt. Wie wäre es sonst möglich gewesen, dass Millionen deutscher Frauen am 14. September 1930 den Nationalsozialisten ihre Stimme geben konnten! Sie haben damit abenteuerlichen Elementen zu politischem Einfluss verholfen, die aus enger Rückständigkeit heraus neues Völkermorden als angebliche Befreiung wollen. Sind die vier langen Jahre des Krieges von 1914 bis 1918 vergessen? 12 Millionen Tote! 20 Millionen Verwundete! Welches Mass von Kummer und Leid, welche Ströme von Blut und Tränen verbergen sich hinter diesen Zahlen!

"Wir aber grüssen den Krieg!" schrieb ein führender Nationalsozialist. Wir Frauen verabscheuen diese Mordbegeisterung. Die Toten des Weltkrieges mahnen uns, sie fordern von uns den Einsatz aller Kräfte, um die Lebenden vor neuem Zerfleischen zu bewahren. Unsre Jugend soll von den arbeitenden Frauen immer wieder hören, wie es war, als der Vater jahrelang im Schützengraben weilte, die Mutter Granaten drehte und stundenlang nach 20 Gramm Margarine anstehen musste. In jungen Menschen wollen wir Begeisterung wecken für den geistigen Kampf gegen Krieg und Vernichtung. Wir wollen neue Menschen erziehen, die bereit sind, das Höchste einzusetzen, wenn es gilt, den Frieden zu erhalten.

Der Kapitalismus, der in vier langen Kriegsjahren Tod und Verderben über die Menschheit brachte, hat auch in unsern Tagen wieder fürchterliches Leid heraufbeschworen. Langandauernde Arbeitslosigkeit von riesiger Ausdehnung hat alle Länder der kapitalistischen Welt erfasst. Fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland! 20 bis 22 Millionen Arbeitslose in der ganzen Welt! Diese Menschen deren Existenz zerstört ist, leiden nicht nur materiell, sondern auch seelisch unter dem grauenhaften Zwange, auf produktive Arbeit verzichten zu müssen. Sie scheinen überzählig zu sein. Warum? Millionen Menschen brauchen Kleidung, brauchen Wohnungen. Ihr Bedarf ist gross. Lebensmittel und Rohstoffe sind in Ueberfülle vorhanden. In Europa hungern etwa 10 Millionen Menschen. Aus Amerika wird gemeldet, dass die Weizenanbaufläche vermindert werden soll. Getreide wird verbrannt, um die Preise hoch zu treiben. Millionen schreien nach Brot. Wie widersinnig ist doch diese kapitalistische "Ordnung"! Was fragen die Preisfechter des Kapitalismus nach den Bedürfnissen der Menschen! Das Wesen des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist die Jagd nach dem Profit. Ist der Profit nicht garantiert, dann raucht kein Schornstein; dann müssen fleissige Hände ruhen.

Diese Zustände sind unmöglich geworden. Der Kapitalismus kann seine Arbeitssklaven nicht mehr ernähren. Er muss einer besseren Wirtschaftsordnung Platz machen. Wir Frauen dürfen in dem Ringen um eine neue Welt nicht abseits stehen. Unser Platz ist in den Reihen der Sozialdemokratie, die schon seit Jahr-

zehnten die Auswüchse des Kapitalismus bekämpft, durch sozialpolitische Massnahmen die Existenz der arbeitenden Menschen gegen hartnäckige Widerstände zu sichern sucht und an der Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft arbeitet. Auch wir Frauen haben heute das Recht, unsern politischen Willen in die Tat umzusetzen. Machtlüsterne Menschen, die im Dienste des Kapitals stehen, sind am Werke, uns das Recht auf politische Betätigung, auf Neugestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen zu nehmen. "Die Frau soll wieder Magd und Dienerin werden", so wollen es die Nationalsozialisten. In das Dunkel der Rechtlosigkeit und Bedrückung sollen die Frauen zurückgestossen werden. Unsere Antwort lautet: Nie und nimmer! Wir sozialistischen Frauen wollen als Lebenskameraden und Kampfgefährten unsrer Männer mithelfen am Aufbau einer neuen Welt. Einer Welt, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen keinen Raum mehr hat, einer Welt, in der wirkliche Gemeinschaft herrschen kann. Erst dann können sich alle Kräfte frei entfalten, die heute noch gebunden und gefesselt sind. Für diese gewaltigen Aufgaben schulen sich die sozialistischen Frauen in ihrer Bewegung. Die sozialistische Frauenbewegung ist international. Ueber Grenzen hinweg führen wir uns eng verbunden mit unsern Schicksalsgenossinnen in allen Ländern. Diese Gewissheit gibt uns in unserm schweren Ringen Zuversicht und Kraft.

Neue Mitkämpferinnen müssen gewonnen werden! Je grösser die Partei des Sozialismus, in der Frauen und Männer gleichberechtigt nebeneinander stehen, umso weniger sind die Mächte der Vergangenheit in der Lage, unsern Aufstieg zu hemmen.

"Nicht klagend und zagend mehr wollen wir säumen.

Wir wissen: Mit ehernem Schritt
marschiert die Partei der Millionen.

Wir Frauen der Arbeit marschieren mit!"

Flora Franken.

Hochzeit bei den Zigeunern.^x

Von unserm Balkankorrespondenten.

SPD. An der nordwestlichen Peripherie der bulgarischen Metropole Sofia, jenseits des Wladaijflusses, liegt das Zigeunerviertel Konjuwitza. Noch vor einem Jahrzehnt hausten seine dunkelhäutigen Bewohner, etwa 5000 an der Zahl, diesseits des Flusses. Langsam sind sie durch das anwachsende Sofia immer weiter hinausgedrängt worden, denn die Gemeindeverwaltung duldet sie nicht in der Stadt. Ohne Murren und Proteste ziehen sich die ausgestossenen tzigani zurück. Schnell sind ihre Elendshütten abgebrochen und schnell einige Hundert Meter weiter nach draussen wieder aufgebaut. Die Zigeuner sind gewohnt, als Stiefkinder der Menschheit behandelt zu werden.

Der Einheimische, der Bulgare, verirrt sich nur selten hinaus nach Konjuwitza, wo die Strassen zur Regenzeit kaum passierbar sind. Er zieht den schönen Corso Zar Oswoboditel mit seinem spiegelblanken Ungarpflaster und den anliegenden Prachtbauten der Ministerien und Gesandtschaften vor, auf dem er voll kindlichen Stolzes auf und ab promeniert. Anders der Fremde, besonders der "Europäer", für den ein Streifzug durch Konjuwitza interessanter und anregender als ein Bummel auf dem Oswoboditel ist. Und der Zigeuner liebt den Fremden mehr als den Bulgaren. Es behagt ihm, dass sich der Fremde für sein Leben und Treiben interessiert. Diesem rollen auch die Lewamünzen leichter aus der Tasche in die vorgestreckten Hände der bettelnden Kinder. Er ergötzt sich an den wirbelnden Tänzen der Zigeunerschönen, lauscht den wilden Weisen der Zigulka und spendet reichlichen Lohn.....

An einem Freitag - der bulgarische Zigeuner ist Muselmane und begeht den Freitag als Ruhetag - wurde kürzlich in einem kleinen Häuschen in Konjuwitza Hochzeit gefeiert. Am frühen Morgen hatte ich vom Hükref-Efendi, dem Glawa-

tar (Häuptling) der Zigeuner, einen Zettel erhalten: "Die Meinigen grüssen Dich. Heute nachmittag heiratet Schaha, das schönste Mädchen der Sippe. Du bist eingeladen und sollst kommen."

In der Wohnung des Bräutigams, die mit Männern und Burschen buchstäblich vollgepfropft war, ging es lustig und lärmend zu. Man feierte schon seit Mittwoch.... Die Butilka, die unvermeidliche Schnapsflasche, kreiste von Mund zu Mund. Doch wehe dem, der des Guten zu viel genossen hatte und überlaut wurde: Ein gebieterischer Blick des Glawatars rief ihn rasch zur Ruhe oder wies ihn hinaus. Bald erklangen leidenschaftlich heisse Lieder, bald melancholische Weisen, begleitet von der Zigulka oder Gaida. Bis gegen Sonnenuntergang währte das Fest. Dann führte man den Bräutigam unter Musikbegleitung der Braut zu, die im Elternhause den künftigen Lebensgefährten erwartete. Neben dem Vater des Bräutigams, zwei Trauzeugen und dem Glawatar durfte auch ich das Hochzeitsgemach betreten. In dem kleinen, stickigen Raum, dessen Halbdunkel von einigen Kerzen unruhig durchflackert wurde, hockten ringsherum alte und junge Frauen auf dem Boden. In ihrer Mitte sass die Braut als einzige Frau auf einem geschmückten Stuhle. Würdevolles Schweigen. Erst nach einer Weile erhob sich eine ältere Frau, die Mutter des Bräutigams. Sie schritt langsam auf ihren Sohn zu, umarmte und küsste ihn. Die übrigen Ankömmlinge begrüßte sie durch feierliches Auflegen beider Hände auf Stirn und Brust. Dann sank die Alte zurück in ihre frühere kauende Stellung. Wieder würdevolles Schweigen.

Alle Blicke wandten sich nun der Braut zu. Bei unserm Eintreten hatten sich ihre Augen nur einen Moment halb vorwurfsvoll, halb fragend ob des ihr unbekanntem Fremdlings auf den Vater und den Glawatar gerichtet. War das die Schönheit, die noch vorhin die Gäste mit so beredten und blumenreichen Worten gepriesen hatten? Sass da nicht eine greuliche Maske?! Das Gesicht des Mädchens war dick mit weisser Schminke bedeckt; die Nasenspitze und die Wangen zeigten groteske rote Tüpfel. Auf Stirn, Schläfen und Kinn waren verschiedenartige Ornamente wie Halbmonde, Herzen und Sonnen aus Glanzpapier und Stanniol aufgeklebt. Die Augenbrauen waren fingerbreit mit grüner Farbe nachgezogen. Darunter blickten zwei grosse dunkle Augen, in dieser Maske leer und inhaltlos wirkend, vor sich nieder. Auf dem Haupte trug die Braut einen frischen Efeukranz und darüber eine Krone aus Goldpappe. In unzähligen dünnen Zöpfchen, die durch Wolle verlängert und mit bunten Fäden durchwirkt waren, hing das pechschwarze Haar über den Rücken und zu beiden Seiten der Brust über das knallrote Seidenkleid herab bis auf den Boden.

Jetzt tritt der Glawatar vor und reicht der sich erhebenden Braut einen grossen Becher Wein. Sie nippt kaum an dem Wein. Darf sie doch das Gesicht nicht verziehen, da sonst die mühsam aufgetragene und aufgeklebte Gesichtsmaske zum Teufel gehen würde. Der Bräutigam nimmt hingegen einige tüchtige Schlucke und übergibt den Kelch den beiden Trauzeugen, die ihn zur Neige leeren. Die restlichen Tropfen träufelt der Glawatar auf die Häupter des Paares. Nun sinken die Männer auf die Knie, das Gesicht nach Mekka gerichtet, neigen die Stirn dreimal auf den Boden und murmeln mit monotoner Stimme Koransprüche. Ueber alle thront unbeweglich die Braut auf ihrem Stuhl. Wohl eine halbe Stunde dauerte dieser feierliche Gebetsakt. Dann erhoben sich die Anwesenden. Auf ein Zeichen des Glawatars schlossen sie einen engen Kreis um das Brautpaar, und während die Braut aufstand, auf den Bräutigam zutrat und ihm beide Hände darreichte, die dieser ergriff, brachen alle in wilden Jubel aus. Das war das Signal für die draussen ungeduldig Wartenden. Die Tür flog auf, und, Kopf an Kopf, schoben sie sich herein. Eine fürchterlich drangvolle Enge entstand um den Bräutigam, der stürmisch beglückwünscht wurde. Die Braut hatte sich wieder auf ihrem Stuhle niedergelassen, stolz, erhobenen Hauptes: Das weitaus grösste Ereignis ihres Lebens, die Hochzeit, ist jetzt Wirklichkeit geworden. Die Braut ist das Ziel aller Blicke, besonders der jungen Mädchen. Doch niemand darf sie berühren, damit wohl nicht die Gesichtsortnamente leiden....

Ein neuer Wink des Häuptlings. Die Gratulanten ziehen sich lärmend zurück. Der Augenblick ist gekommen, wo die junge Frau in das Haus ihres Mannes oder

vielmehr ihrer Schwiegereltern geführt wird. Auf der Strasse halten zahlreiche Phaetons. Unter Vorantritt der Musik geleitet der Glawatar die Neuvermählte hinaus und besteigt mit ihr den ersten Wagen. Im zweiten folgen die Schwiegereltern mit dem jungen Manne, dann die übrigen Geladenen. Auf dem letzten Wagen wird die Mitgift der Frau mitgeführt: Bettzeug, Kleider, Kissen, einige Korbmöbel und eine grosse Holzkiste. Unter grossem Hallo setzt sich der Wagenzug mit der Musikkapelle an der Spitze in Bewegung. Vorn, an den Seiten und hinten tanzen die Mädchen und Burschen ausgelassene Reigen. Ganz Konjuwitta ist auf den Beinen. Jedermann liebt die hübsche Schaha und den ihr soeben ange- trauten flotten Korbflechter Allan. Das Hallo steigert sich zum wilden Jubel, als man am Ziel anlangt. Nach altem Zigeunerbrauch muss jetzt Allan jeden einzelnen Gast aus dem Wagen heben und bis zur Türschwelle tragen, zuerst die junge Frau, dann die übrigen. Es ist eine verdammt harte Arbeit für den schwächti- gen Allan, dem bald der Schweiss in Sturzbächen von der Stirne fliesst. Lach- salven erschüttern die Abendluft, als Allan beim Abtransport eines der letzten Gäste, einer arg beleibten Zigeunerin, bedenklich schwankt....

Schliesslich konnte das junge Paar die Schwelle des Hauses überschreiten, die mit Oel bestrichen war. Ein Symbol der Einigkeit, damit in der Ehe alles reibungslos verlaufe. Ueber dem Haupte Schaha's hielt der Glawatar ein Schwert als deutliche Mahnung, dass sie ihrem Manne nie die eheliche Treue breche. Im Hause selbst gab es noch mancherlei alte Bräuche zu beobachten, die eheliches Glück und Fruchtbarkeit verbürgen sollen.

Die Feier dauerte bis zum frühen Morgen. Gegen Mitternacht wurde Schaha von den Frauen mit Oel und Sliwowa (einem alkoholischen Getränke) abgeschminkt. Mein Freund Hükref-Efendi hatte Recht gehabt: Schaha war bildhübsch. Doch wie lange noch? Sie ist jetzt siebzehn Jahre alt. Die frühe Ehe wird diesen noch knospenden Körper bald zerstört haben. Nach zehn Jahren wird sie hässlich sein.

Das Leben ist ein Politikon!X

SPD. Frau Unbeteiligt ist einigermaßen entsetzt über die Zumutung, dass sie in die Sozialdemokratische Partei eintreten soll. Ihr gesamter Vorrat an Ausflüchten muss erhalten. Weil ich aber hartnäckig bin, immer wieder rede und mit Beharrlichkeit ihre deutlichen Anspielungen, endlich fortzugehen, überhöre; spielt sie ihren letzten Trumpf aus: "Nein, ich kümmere mich nicht um Politik!" Und nun wandelt sie das bekannte Thema ab: "Politisch' Lied ein garstig' Lied!"

Wie kurzsichtig ist es von ihr, Politik mit den äusseren Erscheinungen des augenblicklichen politischen Lebens zu verwechseln! Wer sich von den Messer- stechereien und dem Versammlungsklamauk abgestossen fühlt, die besonders die Nationalsozialisten in den letzten Jahren zur Blüte gebracht haben, der kann sich natürlich mit gutem Recht in die Reihe derjenigen stellen, die mit solcher politischen Methoden nichts zu tun haben wollen. Wenn sich eine Partei an die Raufinstinkte verhetzter Menschenwendet, so richtet sie sich in den Augen al- ler anderen selbst. Die Politik an sich wird aber damit noch nicht zu einem "garstigen" Lied.

Hunderttausende von Frauen glauben von sich, dass sie sich nicht um Poli- tik kümmern - und doch leben sie in einer Selbsttäuschung. Mit Hilfe der Frau- en wurde die Nationalsozialistische Partei geradezu mit einer Sturzflut in die Höhe geschleudert. Sie ist erst einige Jahre überhaupt am Leben, fristete ihr Dasein wie andere Randparteien neben den grossen Parteien des Rechtsblockes. Auf einmal laufen am 14. September 1930 über sechs Millionen Menschen zu den Nationalsozialisten - trotz der Messerstechereien und trotz des primitiven Klamauks, den sie monatelang aufgeführt hatten. In Berlin wurden die männlichen und die weiblichen Stimmen gesondert abgegeben, sodass man genau nachprüfen

kann; wie die beiden Geschlechter gestimmt haben. Die Nationalsozialisten erhielten 51,5 Prozent männliche und 48,5 Prozent weibliche Stimmen. Man wird ungefähr das gleiche Verhältnis für das gesamte Reich annehmen können. Ein Resultat, das uns Sozialisten manches Kopfzerbrechen verursacht hat. Wie ist es möglich, dass eine Partei, die keine einzige Frau als Kandidatin für den Reichstag aufgestellt hat, die gegen das Frauenwahlrecht ist, die die Frau wieder politisch rechtlos und zur Dienerin des Mannes machen will, mit Hilfe von 48,5 % Frauen mit einem Schlage an die zweite Stelle aller deutschen Parteien rückte? Es ist doch nur ein Zeichen dafür, dass sich auch die Frauen um Politik kümmern - oder vielmehr, dass sich die Politik auch um die Frauen gekümmert hat! Sie sind mit der politischen Welle geschwommen, ohne dass sie es wissen und wollten.

Das Schicksal von fünf Millionen Arbeitslosen trifft ebenso viele Frauen. Die allgemeine Existenzunsicherheit drückt gleichermassen auf die Frauen. Die Not und das ewige Rechnen mit dem Pfennig liegen fast noch mehr auf den Schultern der Frauen als der Männer, weil sie sich noch auf eine andere Art verantwortlich für ihre Familien fühlen. Die Höhe der Preise für alle Lebensmittel und Gebrauchsartikel lässt die Kaufkraft des Geldes, das die Frauen zu verwalten haben, steigen oder sinken. Die Löhne für die Erwerbsarbeit richten sich nicht nach dem Werte der Arbeit, sondern nach der Machtposition, die der Arbeiter dem Unternehmer gegenüber inne hat.

Heute haben alle diese Fakten einen solchen Tiefstand, wie er kaum für möglich gehalten wurde. In das Leben jeder einzelnen Frau schneiden sie ganz tief ein. Tausende, ja, Millionen werden bis in ihr Liebesleben davon beeindruckt. Nicht einmal eine Stunde der Liebe können sie sich schenken, weil sie keine Möglichkeit des Zusammenkommens haben. Keine Wohnung, um ein Heim zu gründen. Keine Möglichkeit, Kinder zu haben - denn Arbeitslosigkeit ist ein verheerender Hinderungsgrund. Und kommen sie ungewollt, so sind sie ein Unglück und vergrössern das Elend nur! So mächtig, du Geschlechtsgenossin, ist die Politik! Denn sie bedeutet nichts anderes als den Versuch, die Interessen der Menschen möglichst reibungslos und befriedigend zu regeln. Heute werden sie aber nur für eine kleine Handvoll Menschen befriedigend geregelt. Die vielen Millionen müssen an allen Ecken und Enden Verkürzungen erleiden, um dieser Handvoll Menschen ein lustvolles Leben zu garantieren. Warum heute die Scheidung in diese beiden ungleichen Interessengruppen so qualvoll ist? Weil grosse Verschiebungen der Kräfte im Weltwirtschaftsleben stattgefunden haben, weil die Rationalisierung den Wert der Menschen unter den der maschinellen Kraft gebracht hat und sie überflüssig machte, und weil durch den Krieg die Werte in die Luft gepufft wurden, anstatt den Menschen nutzbar gemacht zu werden. Und nun geht der Kampf darum: Wer soll die Folgen tragen? Die kleine Gruppe oder die grosse? Die kleine, die alles Unglück inszeniert? Oder die grosse, die es schon Jahrtausende lang geduldig trägt? Die kleine hat das Geld, und im Kapitalismus heisst Geld Macht - die grosse aber hat nur ihre Arbeitskraft, die heute nicht mehr so sehr gebraucht wird, weil die Maschine sie überall verdrängt. Eine sehr ungleiche Kampfbasis für die Verteilung der Lasten - denn die kleine Gruppe übernimmt sie freiwillig nicht! Und doch wissen wir ein Zaubermittel: Organisation! Die grosse Gruppe wird die egoistische kleine überwinden, wenn sie ihr geschlossen entgegentritt.

Darum, Frau Unbeteiligt, müssen Sie sich um die Politik kümmern und nicht wie bisher sich zum Spielball der Politik machen lassen! Das Leben ist ein Politikon! Auch Sie sind in dieses Maschenwerk verflochten! T.W.

SPD. Auch eine Antwort.^x "Na, sagen Sie, wie fahre ich Motorrad?"

"Soll ich ganz ehrlich sein?"

"Nein, danke, ich weiss schon Bescheid!"

Der Schleier als Mode.^x

SPD. Die Mode von heute, die das Freie, Unverhüllte liebt, hat auch den Schleier ausgeschaltet, der noch in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts zur bessern Strassentracht gehörte als Vollschleier oder als "Nasenschleier", wie man ihn nannte, der nur die obere Hälfte des Gesichts bedeckte. Er hat schon früh einen Bestandteil der deutschen Frauenkleidung gebildet. Bereits in einem alten Gedicht auf Karl den Grossen wird eine Prinzessin Gisela genannt, die einen mit Purpurfäden durchzogenen Schleier trug. Im 10. und 11. Jahrhundert wurde er in Binden gefaltet und turbanartig um den Kopf gelegt. Im 13. und 14. Jahrhundert waren die Schleier besonders lang und prächtig, und die Kleiderordnungen gegen übermässigen Luxus verboten auch das Tragen solcher langen Schleier. Gelbe Schleier galten als besonders elegant, wurden aber auch von den leichten Mädchen getragen. Sonst trugen nur die Frauen Schleier; die Mädchen liessen ihre Haare frei fliegen. Diese Sitte für die Frauen geht wohl weit zurück, denn es findet sich schon im Altertum in einem altassyrischen Rechtsbuch die Vorschrift, dass Frauen und Witwen, wenn sie sich auf freien Plätzen aufhalten, den Kopf verschleiern müssen. Dirnen und Sklavinnen trugen den Kopf offen.

Heute kennen wir den Schleier wesentlich als Brautschleier und noch als Trauerschleier vor allem der Witwe. Auch das knüpft an alte Zeit an. In der Bibel trägt Rebecca als Braut den Schleier. Im alten Griechenland musste die Braut den Schleier noch drei Tage nach der Hochzeit tragen. Der Schleier wird auch schon bei Homer erwähnt. Bei uns als Braut- und Trauerschleier ist er Symbol für Leben und Tod, wie er es im Altertum war. Bei der Hochzeit wird der lebensschaffende Bund geschlossen, die Frau zur Mutterschaft geweiht. So wurde bei den alten Griechen die göttliche "Mutter Erde", die Demeter, als Göttin des glänzenden Schleiers gepriesen. Das übertrug sich auf die christliche Mutter Gottes, deren alte Vorstellung in manchem der Göttin Demeter verwandt ist. In Sizilien hat sich da eine höchst sonderbare Sitte erhalten. Auf dem Monte San Giuliano wird die Madonna der sieben Schleier verehrt. Am Tage der Himmelfahrt der Maria, am 15. August, werden dem Marienbilde die Schleier abgenommen. Maria soll also mit offenem Antlitz gen Himmel fahren, dessen Geheimnis sich ihr enthüllt. Als Hülle des grossen Geheimnisses ist aber vor allem bei Schiller das verschleierte Bild zu Sais gedacht, die verhüllte Wahrheit. Schiller hat da angeknüpft an das Standbild der Göttin der Weisheit, der griechischen Athene in Sais, das die Inschrift trug: "Ich bin das All, das Vergangene, Gegenwärtige und Zukünftige; mein Gewand hat noch kein Sterblicher gelüftet."

Braut- und Trauerschleier bei uns sind ebenfalls das Vergangene, der Tod, das Gegenwärtige, die zur Trauung gehende Jungfrau, das Zukünftige, die Kinder, die die Frau zeugen wird. Wir wollenden Frauen wünschen, dass nicht, um nochmals mit Schiller zu reden, "mit dem Gürtel, mit dem Schleier" der schöne Wahn entzwei reisst.

H.L.

SPD. Schneller Anschluss.^x Der Schauspieler Eugen Klöpfer will einen Theateragenten besuchen. "Der Chef ist noch nicht da", sagt die bildhübsche Sekretärin. "Hatten Sie heute eine Verabredung?"

"Noch nicht", erwidert Klöpfer. "Aber wenn es Ihnen recht ist, erwarte ich Sie um zehn Uhr am Bahnhof Zoo."
